

19. September 2017

ÖKUMENISCHE INFORMATION

38

Nachrichten und Hintergründe
aus der Christlichen Ökumene
und dem Dialog der Religionen

Nicht nur harmonische Töne

Lammert macht Kirchen beim Ökumene-Fest Druck

Seite 3

„Es hat uns weitergebracht“

Bedford-Strohm zieht positive Ökumene-Bilanz

Seite 5

„Konstruktiver Geist“

Kardinal Koch zu Ergebnissen des Dialogs auf Leros

Seite 7

Europäische konfessionsübergreifende Plattform für
Theologie angeregt

Seite 15

Unbeschriebenes Blatt

Führungswechsel im türkischen Religionsamt

Seite 18

Dokumentation

Zwischen Jerusalem und Rom

Nachdenken über 50 Jahre Nostra aetate

Visum verweigert: Evangelischer Bischof darf nicht einreisen

Berlin Einem Bischof der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) aus Nigeria ist offenbar die Einreise nach Deutschland verweigert worden. Wie die frühere Bischöfin der Methodisten, Rosemarie Wenner, auf „Facebook“ schreibt, kann der Nigerianer John Wesley Yohanna nicht an einer Tagung einer Zukunftskommission der EmK teilnehmen, weil ihm das Visum verweigert wurde. Die Erfahrungen der Methodisten reihen sich ein in eine ganze Liste verweigerter Einreiseerlaubnisse für Teilnehmer von kirchlichen Austauschprojekten: Wie der Referent für internationale ökumenische Jugendarbeit der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Jugend (aej), Dirk Thesenvitz, der KNA berichtete, ist erst kürzlich Teilnehmern aus Russland die Einreise zu einem von der Bundesregierung finanziell geförderten Jugendcamp in Wittenberg verweigert worden. Im August war auch ein Austauschprojekt des Brandenburger Kirchenkreises Oberes Havelland an verweigerter Visa gescheitert. „Wir haben in der internationalen Jugendarbeit dauernd mit dem Thema zu tun“, so Thesenvitz. „Die Bundesregierung gibt uns in Gestalt des Familienministeriums einerseits Geld für den Austausch und hindert uns in Gestalt des Auswärtigen Amtes und des Bundesministerium des Inneren andererseits an der Durchführung desselben.“ ●

Menschenrechtler: Ägypten lässt 58 koptische Kirchen schließen

Göttingen Menschenrechtler werfen Ägyptens Behörden eine willkürliche Einschränkung der Religionsfreiheit koptischer Christen vor. Mindestens 58 Kirchen seien auf staatliche Anordnung in den vergangenen Monaten angeblich aus Sicherheitsgründen geschlossen worden, teilte die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) in Göttingen mit. „Dies ist ein massiver Eingriff in die Glaubensfreiheit koptischer Christen und macht deutlich, dass Kopten in dem mehrheitlich muslimischen Land noch immer nicht als gleichberechtigte Bürger anerkannt sind“, kritisierte GfbV-Direktor Ulrich Delius. Vor allem

in dem von Kopten bewohnten Oberägypten seien in vielen Dörfern Kirchen von der Polizei nach Protesten von Muslimen aus der Nachbarschaft geschlossen worden, hieß es. Zudem behaupteten die Sicherheitskräfte, die Kirchengemeinden seien nicht wirksam vor Terrorangriffen zu schützen. Delius nannte die offizielle Begründung „absurd und ein Armutszeugnis für Ägyptens Polizei und Armee“, denn das in der Verfassung garantierte Recht auf Religionsfreiheit sei für alle Bürger zu gewährleisten. „Es kann nicht angehen, dass wegen Einschüchterungen und Pöbeleien von muslimischen Extremisten vielen Kopten die Ausübung ihres Glaubens verweigert wird.“ Seit 2012 mussten laut GfbV landesweit 67 Kirchen schließen, nur neun seien inzwischen wieder eröffnet. Die Behörden hätten den Kopten mehrfach zugesagt, sich um eine baldige Wiedereröffnung aller Kirchen zu bemühen. Für die Kopten bedeuteten die Schließungen einen tiefen Einschnitt, da sie meist keine alternativen Orte für ihre Gottesdienste hätten, sagte Delius. Laut dem koptischen Bischof Makarios fehlen in rund 70 Dörfern seines Bezirkes Kirchen, da trotz eines neuen Gesetzes keine Genehmigung zu deren Bau erteilt werde. Die Kopten stellen nach Schätzungen rund zehn Prozent der Bevölkerung Ägyptens. ●

Interreligiöser Kalender 2018 erschienen

Hannover Pünktlich zum jüdischen Neujahrsfest *Rosch ha-Schana* am 20. September ist der interreligiöse Kalender 2018 erschienen. Unter dem Titel „Einblicke“ bietet er Gelegenheit, sich im Verlauf des Jahres an die wichtigsten Feste von Judentum, Christentum und Islam zu erinnern, teilte der Verein „Begegnung – Christen und Juden. Niedersachsen“ in Hannover mit. Zu den Festen der Religionen gibt es Erläuterungen. Der Kalender im DIN-A3-Format erklärt beispielsweise das muslimische Opferfest Eid-Al-Adhar, den jüdischen Festtag Tammus oder das christliche Herz-Jesu-Fest. Der Kalender kann für 12,80 Euro (plus Versandkosten) unter (05 11) 12 41 5 87 oder per E-Mail an sheps@kirchliche-dienste.de bestellt werden. ●

Nicht nur harmonische Töne

Lammert macht den Kirchen beim Ökumene-Fest in Bochum Druck

Von Andreas Otto

Bochum Norbert Lammert trifft die Stimmung im Saal – wenn auch nicht unbedingt die von Kardinal Reinhard Marx oder des Ratsvorsitzenden der EKD, Heinrich Bedford-Strohm. Als der Politiker am 16. September zum Auftakt des ökumenischen Festes der beiden großen Kirchen im Bochumer RuhrCongress seinen Ärger über die anhaltende Spaltung zwischen den Konfessionen bekundet, ist der Applaus der rund 750 Zuhörer groß.

Bei dem Kirchentag im Kleinformat gibt es viel Zustimmung zur Kritik Lammerts, dass es immer noch kein gemeinsames Abendmahl von Protestanten und Katholiken gibt. Es ist nicht das erste Mal, dass der CDU-Politiker und Katholik die beiden Konfessionen zur Überwindung ihrer Grenzen mahnt. Bei seinem Auftritt im Bochum bringt er es aber noch einmal besonders deutlich zum Ausdruck: Er könne „keinen einzigen relevanten Glaubensunterschied“ erkennen, der gegen die Einheit spreche. Und das unterschiedliche Amts- und Kirchenverständnis dürfe doch keine Trennung begründen.

„Liebe Leute, Kirchen- und Amtsverständnis, nicht Glaubensunterschiede – in welcher Welt leben wir eigentlich?“, ruft er in den Saal. Viele Menschen teilten die Werte der Kirchen. Weil aber die Konfessionen nach Macht strebten, wachse eine Distanz zu den Kirchen als Institutionen. Ökumene könne nicht allein von den Kirchenleitungen erwartet werden, sondern müsse auch „von unten kommen“, sagte er in Richtung der kirchenleitenden Geistlichen, darunter auch die Gastgeber, Ruhrbischof Franz-Josef Overbeck und die westfälische Präses Annette Kurschus.

Zu dem Treffen eingeladen hatten neben Bischofskonferenz und EKD das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und der Deutsche Evan-

gelische Kirchentag, um im Reformationsjahr 2017 mit Podiumsdiskussionen, musikalischen Veranstaltungen und anderen kreativen Aktionen noch einmal ein deutliches Zeichen für das Gemeinsame der beiden Konfessionen zu setzen.

Marx bekundete Verständnis für Lammerts Ruf nach Einheit, warnte aber auch vor einem „überzogenen Zeitdruck“ beim Bemühen, die Differenzen zu überwinden. Zugleich betonte der Kardinal, dass längst nicht mehr von „Kirchenspaltung“ gesprochen werden könne. Die Konfessionen seien weit darüber hinaus, auch wenn sie noch nicht vollkommen übereinstimmen. Auch Bedford-Strohm widersprach Lammert. Unter der Formulierung „versöhnte Verschiedenheit“ seien unter anderem reformierte und lutherische Christen zur evangelischen Kirche zusammengewachsen.

Die Präsidenten von Zentralkomitee und Kirchentag, Thomas Sternberg und Christina Aus der Au, verwiesen auf die gemeinsame Verantwortung der Christen vor allem im gesellschaftspolitischen Bereich. „Wir Christen lassen uns nicht auf den Himmel irgendwann verträsten“, sagte Aus der Au und spielt damit auf das Motto des Tages an: die Vaterunser-Bitte „Wie im Himmel so auf Erden“. Christen wollten „die Erde hier und jetzt verändern“. Ziel der Kirchen sei es, zu einer gerechteren und friedlicheren Welt beizutragen, ergänzte Sternberg.

Diesen Gedanken griffen Marx und Bedford-Strohm am Ende des Tages vor typischer Ruhrgebietskulisse auf. Auf dem Platz vor dem Bergbau-Museum, wo ein Fördergerüst der stillgelegten Zeche Germania aufragt, feierten sie mit rund 850 Teilnehmern bei Sonnenwetter einen Abschlussgottesdienst. In der Dialogpredigt bekundete Bedford-Strohm den Wunsch, dass Chris-

ten gemeinsam die Politik bewegen. Notwendig sei etwa ein stärkerer Kampf gegen Hunger. Oder weniger Rüstungsexporte. Zudem müsse der Klimawandel begrenzt werden. Zu den Opfer gehörten etwa Menschen in Tansania, die fast nichts zum CO₂-Ausstoß beitragen, aber dennoch den Auswirkungen hilflos ausgeliefert seien. „Warum sollte es nicht bei jeder Regierungsentscheidung

eine Eine-Welt-Verträglichkeitsprüfung geben“, fragte der Geistliche.

Marx stimmte dem zu. Es könne nicht von Gott gesprochen werden, ohne von den Leidenden her zu denken. Der Kardinal: „Je frömmere wir werden, umso mehr gehen wir hinein in die Wunden der Welt.“ ●

Kirchenvertreter: Fremdenfeindlichkeit und Ängste thematisieren

Bochum Vertreter aus Kirche und Politik fordern eine größere Auseinandersetzung mit Ängsten vor Fremden und globalen Veränderungen. Zwar habe es ablehnende Äußerungen gegenüber Ausländern immer gegeben, sagte der Präsident des Evangelischen Kirchentags 2019 in Dortmund, der Journalist Hans Leyendecker, in Bochum. Doch habe diese Form von Boshaftigkeit in einem vorher nicht bekannten Maße zugenommen, sagte er mit Hinblick auf eine Vielzahl von Anschlägen auf Flüchtlingsheime.

Ähnlich äußerte sich die türkischstämmige SPD-Politikerin Lale Akgün beim ökumenischen Fest, zu dem die beiden großen Kirchen am 16. September nach Bochum eingeladen hatten. „Die Tabubrüche werden sichtbar“, sagte die frühere Bundestagsabgeordnete und verwies auf jüngste Äußerungen des AfD-Spitzenkandidaten Alexander Gauland zur deutschen Geschichte. „Das macht Demokraten Angst.“ Gauland hatte zur Zeit von 1933 bis 1945 gesagt: „Man muss uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten.“ Es gebe das Recht, „stolz zu sein auf Leistungen deutscher Soldaten in zwei Weltkriegen“.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, kritisierte eine Verrohung der Sprache und Humanitätsbrüche. Gegen solche „Brutalisierungen“ in der Gesellschaft müssten katholische und evangelische Kirche gemeinsam vorgehen.

Der Essener Generalvikar Klaus Pfeffer rief dazu auf, die Ängste der Menschen vor Migrationsbe-

wegungen ernst zu nehmen und mit ihnen darüber zu reden. Ansonsten gerieten sie in die Fänge von Populisten. Der Bevölkerung müsse darauf eingestellt werden, dass künftig trotz Türkei-Deal weiterhin Flüchtlinge nach Deutschland kommen und es hierzulande Veränderungen geben werde. „Wir können unseren jetzigen Wohlstand nicht halten“, sagte der Geistliche bei einem Podium. ●

Ökumene-Tag in Vorpommern: 1.800 Christen feiern mit Bischöfen

Greifswald Rund 1.800 Christen haben am vergangenen Wochenende in Greifswald am 3. Ökumenischen Kirchentag Vorpommern teilgenommen. Unter den Besuchern der Gottesdienste, Podien und Konzerte waren der katholische Erzbischof Heiner Koch (Berlin) und der evangelische Bischof Hans-Jürgen Abromeit (Greifswald). Koch würdigte die Initiative zu dem Treffen von Christen verschiedener Konfessionen: „Ökumene bewährt sich in der Vielfalt, weil sie in die Tiefe geht“, betonte der Erzbischof des Erzbistums Berlin, dem Vorpommerns Katholiken angehören. Auch Abromeit sagte beim Abschlussgottesdienst auf dem Marktplatz der Hansestadt: „Wir merken, wie wir, die wir in der Vergangenheit gespalten waren, zueinander wachsen. Wörtlich fügte der Bischof im Sprengel Mecklenburg und Pommern der evangelischen Nordkirche hinzu: „Das ist Gnade.“ Der nächste Ökumenische Kirchentag Vorpommern ist in drei Jahren geplant. ●

„Es hat uns weitergebracht“

Bedford-Strohm zieht positive Ökumene-Bilanz des Reformationsjahrs

Von Michael Merten

Trier Langsam, aber sicher neigt sich das Gedenkjahr „500 Jahre Reformation“ dem Ende zu – und beschert den Deutschen noch mal einen arbeitsfreien Tag, denn der 31. Oktober ist einmalig ein bundesweiter Feiertag. Schon seit Monaten ziehen etliche Medien unter Überschriften wie „Martin Luther, kein Sommermärchen“ eine eher durchwachsene Zwischenbilanz: Die religiösen, kulturellen und touristischen Angebote fanden meist weniger Anklang als erwartet. Die Kassen hat „Luther 2017“ nicht überall klingeln lassen.

Kirchenvertreter nehmen eine andere, weitere Perspektive ein. So sieht der Ratsvorsitzende der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, im Reformationsgedenkjahr einen Fortschritt für den Dialog der Kirchen. „Das können wir jetzt schon sagen: dieses Jahr hat uns ökumenisch weitergebracht“, sagte der bayerische Landesbischof am 14. September in der „Evangelischen Kirche zum Erlöser“ in Trier. Dorthin in die Konstantinbasilika hatte die EKD ihre Partnerkirchen zum ökumenischen Gottesdienst anlässlich des Fests der Kreuzerhöhung geladen.

Frühere runde Reformationsjubiläen waren rein protestantische Feiern, die Luther als Helden zelebrierten und oft antikatholisch ausgerichtet waren. Ganz anders 2017: „Die Tiefe der religiösen Erneuerungsbewegung, die Martin Luther vor 500 Jahren angestoßen hat, trennt uns nicht mehr, sie verbindet uns“, so Bedford-Strohm in seiner Predigt in dem Gottesdienst, der eine der zentralen Veranstaltungen des Gedenkjahrs war.

Zu den Gästen aus der Ökumene zählten der griechisch-orthodoxe Metropolit Augoustinos, der Vorsitzende der Ökumenekommission der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Gerhard Feige, der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christlicher

Kirchen in Deutschland (ACK), Bischof Karl-Heinz Wiesemann und der Trierer Bischof Stephan Ackermann. Dem Gottesdienst vorausgegangen war eine zweitägige ACK-Mitgliederversammlung.

Auch Bischof Ackermann würdigte in einem Grußwort die ökumenischen Fortschritte, die sich an der Tradition des Heiligen Rocks im Trierer Dom erkennen ließen. Die von Katholiken als Gewand Christi verehrte Reliquie sei in früheren Jahrhunderten Gegenstand heftiger konfessioneller Polemik gewesen; Luther selbst etwa soll anlässlich der Zeigungen des erstmals 1512 ausgestellten Tuches vor einer „bescheisserey zu Trier mit Christus rock“ gewarnt haben. Die jüngsten Wallfahrten 1996 und 2012, so Ackermann, habe man jedoch zum Anlass vielfältiger ökumenischer Begegnungen genommen. Durch eine konsequente Ausrichtung hin auf Jesus Christus statt auf die Reliquie sei die Beteiligung verschiedener christlicher Konfessionen möglich geworden.

Bedford-Strohm bezeichnete das Kreuz als ein Symbol der Liebe Gottes, das für alle christlichen Kirchen gelte. Im Namen des Kreuzes sei jedoch auch viel Unheil in die Welt getragen worden. „Dass das Kreuz anstößig ist und zu heftigen Diskussionen führen kann, haben einige von uns auch sehr schmerzhaft erlebt – etwa in allen Diskussionen und den damit verbundenen Missverständnissen um den Besuch des Felsendoms und der Klagemauer im Heiligen Land“, so der Ratsvorsitzende. Mit Blick auf kürzlich bekanntgewordene Vorkommnisse beim Konzern Lidl verwies er auf Discounter, „die das Kreuz aus ihren Verpackungen wegretuschieren, um bei muslimischen oder atheistischen Kunden keinen Anstoß zu erregen“. Es gebe zudem Gerichte und verunsicherte Universitäten, „die plötzlich das Kreuz als Provokation für Andersgläubende meinen entlarven zu müssen“. ●

ACK-Mitgliederversammlung: Kreuzerhöhungsfest ökumenisch feiern

Trier Das Kreuzerhöhungsfest am 14. September soll nach Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) auch künftig ökumenisch gefeiert werden. Dabei könnten Elemente und Traditionen anderer Konfessionen die eigenen bereichern, betonten mehrere Referenten bei der ACK-Mitgliederversammlung in Trier, wie aus einer Mitteilung der ACK hervorgeht. Das Kreuz verbinde alle Konfessionen und könne sie näher zusammenbringen. Als Zeichen dieser Gemeinsamkeit nahmen die Delegierten am Ende ihrer Tagung am Gottesdienst der EKD zum Kreuzerhöhungsfest in der Konstantinbasilika teil.

Es sei eine tiefere Weisheit, das Kreuzerhöhungsfest in diesem Jubiläumsjahr der Reformation ökumenisch zu feiern, sagte der Augsburger evangelische Theologe Bernd Oberdorfer beim Studienteil der Mitgliederversammlung. Ursprung und Anlass des Festes seien zwar für „reliquienabstinente Lutheraner kein Grund zu feiern, die theologische Ausdeutung ist über jeden Zweifel erhaben“, so Oberdorfer. Denn theologisch könnten alle Konfessionen der Bedeutung des Kreuzes zustimmen: „Von Gott kann man nicht sprechen ohne das Kreuz“, betonte der Theologe. „Gott ist in Jesus Christus Mensch geworden und hat sich selbst im Kreuz den Leiden bis zum Tod hingegeben.“ Damit habe sich Gott dem Menschen an die Seite gestellt und durch seinen Tod am Kreuz und seine Auferstehung den Tod und die Sünde überwunden. Die Konzentration auf diese Bedeutung des Kreuzes bringe die Konfessionen näher zusammen. Um diese Gemeinsamkeit deutlich zu machen, plädierten ACK-Vorstandsmitglied Erzpriester Constantin Miron, Pastor Friedrich Schneider vom Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten) und Marius Linnenborn, Direktor des Deutschen Liturgischen Instituts der Deutschen Bischofskonferenz in Trier, in ergänzenden Statements dafür, das Kreuzerhöhungsfest auch weiterhin ökumenisch zu feiern.

Die Ursprünge des Kreuzerhöhungsfests liegen im vierten Jahrhundert nach Christus, als die Mutter des Kaisers Konstantin, Kaiserin Helena, der Le-

gende nach das Kreuz Christi gefunden haben soll. Über der Fundstelle in Jerusalem ließ Konstantin eine Kirche errichten, die heutige Grabeskirche. Am 14. September, dem Tag nach der Kirchweihe, wurde das Kreuz den Gläubigen erstmalig zur Verehrung gezeigt, in dem es in die Höhe gehoben – erhöht – wurde.

Eine insgesamt positive Bilanz zogen die 50 Delegierten in einem ersten Rückblick auf die Feierlichkeiten zu 500 Jahren Reformation. An zahlreichen Orten hätten ökumenische Veranstaltungen stattgefunden und zu neuen Impulsen geführt. Aus Sicht der ACK hätte allerdings die multilaterale Beteiligung mehrerer Kirchen, vor allem bei den größeren Feierlichkeiten, noch stärker sein können. Der größte Erfolg des Reformationsjubiläums sei es, dass man das Fest ökumenisch begangen habe und die Kirchen enger zusammengewachsen seien. „Es wurde nicht die Trennung gefeiert, sondern der Reichtum unseres Glaubens, den die Reformatoren von der gemeinsamen Quelle her erneuern wollten“, sagte der ACK-Vorsitzende, der Speyrer katholische Bischof Karl-Heinz Wiesemann. Er zeigte sich sehr dankbar für die ökumenische Weitung der Feierlichkeiten. Nun gelte es weitere Schritte zu gehen: „Mögen die vielen Verpflichtungen, die vielen Gesten, die wir in diesem Jahr ausgetauscht haben, nun weiter Früchte tragen, und uns gemeinsam immer mehr zusammenbringen.“

Vor der Mitgliederversammlung stellte sich die „Kirche des Nazareners“ vor. Die Freikirche stammt aus der methodistischen Tradition und hat einen Antrag auf Gastmitgliedschaft in der ACK gestellt. In Deutschland hat die Kirche nach eigenen Angaben rund 1.100 Mitglieder in 20 Gemeinden. Nun werden die Mitgliedskirchen der ACK befragt, ob sie dem Antrag zustimmen. Für die Aufnahme als Gastmitglied ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die Mitgliederversammlung ist das oberste, beschlussfassende Leitungsorgan der ACK. Sie besteht aus den 50 Delegierten der Mitglieder, Gastmitgliedern sowie ständigen Beobachtern, die von den Kirchen für fünf Jahre benannt werden. ●

„Konstruktiver Geist“

Kardinal Koch zu den Ergebnissen des Dialogtreffens auf Leros

Von Barbara Hallensleben

Eine positive Bilanz des jüngsten Treffens des katholisch-orthodoxen Koordinationskomitees auf Leros hat der Präsident des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Kardinal Kurt Koch, gezogen. Für die Weiterarbeit seien die Themen der Einheit im Glauben sowie die Fortsetzung der Beratungen zum Verhältnis von Primat und Synodalität – jetzt mit Blick auf das zweite Jahrtausend bis zur Gegenwart – vereinbart worden, sagte der Kardinal, der die katholische Delegation leitet, im Interview von KNA-ÖKI.

KNA Herr Kardinal, Sie kommen von der griechischen Insel Leros zurück. Welches Gremium hat dort getagt, wer war dabei und wie lautete die Zielsetzung?

Kardinal Kurt Koch Vom 5. bis 9. September hat auf der griechischen Insel Leros das Koordinationskomitee der Gemischten Internationalen Kommission für den Theologischen Dialog zwischen der Römisch-Katholischen Kirche und der Orthodoxen Kirche getagt. Dieses Komitee bestand aus je zehn orthodoxen und katholischen Mitgliedern der Kommission unter der Leitung der beiden Co-Präsidenten, Erzbischof Job von Telmessos vom Ökumenischen Patriarchat und mir, und hatte die Aufgabe, die Fortsetzung des Ökumenischen Dialogs vorzubereiten und damit auch die nächste Plenarversammlung der Kommission zu planen. Die letzte Plenarversammlung hat im September 2016 im italienischen Chieti getagt und das wichtige Dokument „Synodalität und Primat im ersten Jahrtausend. Auf dem Weg zu einem gemeinsamen Verständnis im Dienst der Einheit“ verabschiedet. Am Ende der Sitzung wurde das Koordinationskomitee beauftragt, über das Thema und jene Aspekte zu entscheiden, die im ökumenischen Dialog weiter ausgearbeitet werden müssen. Dieser Aufgabe

hat sich das Koordinationskomitee auf Leros mit großer Sorgfalt angenommen.

KNA Es gibt kein offizielles Kommuniqué der Sitzung. Bedeutet dies, dass die Arbeit gescheitert ist und man ohne Ergebnis auseinandergegangen ist?

Koch Keineswegs! Nach der Sitzung des Koordinationskomitees gibt es nie ein Kommuniqué, auch deshalb, damit vor allem auf orthodoxer Seite die bei der Tagung nicht anwesenden Kirchen die Entscheidungen des Koordinationskomitees nicht aus den Medien vernehmen müssen, sondern vorher persönlich informiert werden. Das Komitee hat eine gute Arbeit geleistet, und wir sind mit einem positiven Ergebnis auseinandergegangen, sogar positiver, als ich vor dem Treffen erwartet hatte.

KNA Was waren denn die Haupttraktanden bei der Sitzung des Koordinationskomitees?

Koch Wir begannen die Tagung mit einer Relecture des ursprünglichen Plans für den ökumenischen Dialog, der im Jahre 1980 auf Patmos und Rhodos angenommen worden ist und in dem als Ziel dieses Dialogs „die Wiederherstellung der vollen Gemeinschaft zwischen den beiden Kirchen“ angegeben ist: „Diese *Communio*, begründet in der Einheit des Glaubens gemäß der gemeinsamen Erfahrung und Tradition der frühen Kirche, wird ihren Ausdruck in der gemeinsamen Feier der Heiligen Eucharistie finden.“ Wir haben uns bei der Tagung dieses Zieles neu vergewissert und entschieden, auf diesem Weg und im positiven Geist des ursprünglichen Plans weiterzugehen. Inzwischen hat sich ja auch die Pan-orthodoxe Synode auf Kreta im vergangenen Jahr für die Notwendigkeit des Dialogs und für das Ziel der sichtbaren Einheit ausgesprochen, und zwar mit den klaren Worten: „Selbstverständlich ist in den theologischen Dialogen das gemeinsame Ziel aller die endgültige Wiederherstellung der Einheit im wahren

Glauben und in der wahren Liebe.“ Die Synode fügte sogar hinzu, dass die bestehenden theologischen und ekklesiologischen Differenzen es erlauben, „eine gewisse Rangordnung der Herausforderungen auf dem Weg zu diesem panorthodoxen Ziel aufzustellen“. Da die Einheit im Glauben die Voraussetzung für die Kirchen- und Eucharistiegemeinschaft ist, hat das Koordinationskomitee entschieden, den künftigen Dialog dem Thema zu widmen: „Auf dem Weg zu Einheit im Glauben: Theologische und kanonische Fragen“. Dabei soll in einem ersten Schritt zusammengetragen werden, was im Dialog bereits geleistet worden ist, um in einem zweiten Schritt jene theologischen und kanonischen Fragen zu benennen, die noch gelöst werden müssen, um die Einheit im Glauben zwischen Orthodoxen und Katholiken zu finden, die den Weg öffnen wird zur eucharistischen Gemeinschaft. Als erste Frage auf dieser Liste, die zunächst erarbeitet werden soll, hat das Koordinationskomitee das Thema identifiziert: „Primat und Synodalität im zweiten Jahrtausend und heute“. Neben verschiedenen anderen Fragen wird in diesem größeren Zusammenhang auch die Frage des so genannten „Uniatismus“ zu besprechen sein.

KNA *Darf ich hier gleich nachfragen: Wie zu hören ist, hat das Moskauer Patriarchat darauf bestanden, die Frage des „Uniatismus“ wieder auf die Tagesordnung zu setzen. An dieser Frage ist nach der Vollversammlung der Gesprächskommission in Balamand 1993 die ganze Kommission in die Krise geraten. Ist das erneut zu befürchten?*

Koch Es ist richtig, dass das Moskauer Patriarchat, vertreten durch Metropolit Hilarion, das Thema des so genannten „Uniatismus“ wieder auf die Tagesordnung bringen will, und zwar in der Überzeugung, dass dieses Thema in den 90er Jahren nicht zu Ende besprochen worden sei und deshalb wieder aufgegriffen werden müsse. Das Koordinationskomitee hat diesem Anliegen dadurch entsprochen, dass der „Uniatismus“ als ein Thema neben verschiedenen anderen unter dem Oberthema „Primat und Synodalität im zweiten Jahrtausend und heute“ zu behandeln sein wird. Eine ähnliche Krise wie in den 90er Jahren befürchte ich nicht. Das Thema des „Uniatismus“ ist zwar eine Kernfrage in der Vergangenheit

gewesen. In der Gegenwart hingegen hat man diesbezüglich bereits einen erheblichen Konsens gefunden. So heißt es beispielsweise in der Gemeinsamen Erklärung, die Papst Franziskus und der Russisch-Orthodoxe Patriarch Kyrill bei ihrer Begegnung in Havanna am 12. Februar 2016 unterzeichnet haben: „Heute ist klar, dass die Methode des ‚Uniatismus‘ aus der Vergangenheit, der als Vereinigung einer Gemeinschaft mit der anderen durch die Loslösung von ihrer Kirche verstanden wurde, nicht eine Weise ist, die es ermöglicht, die Einheit wiederherzustellen. Dennoch haben die kirchlichen Gemeinschaften, die unter diesen historischen Umständen entstanden sind, das Recht zu existieren und alles zu unternehmen, was notwendig ist, um die geistlichen Ansprüche ihrer Gläubigen zu befriedigen, bei gleichzeitigem Bemühen, mit ihren Nachbarn in Frieden zu leben. Für orthodoxe und griechisch-katholische ist es erforderlich, sich miteinander zu versöhnen und Formen des Zusammenlebens zu finden, die beiderseitig annehmbar sind.“ Wenn die kommenden Diskussionen über den „Uniatismus“ auf der Basis dieses bereits weitgehenden Konsenses geführt werden können, werden sie den Dialog nicht belasten.

KNA *Über die thematischen Diskussionen hinaus – wie empfanden Sie die Atmosphäre der Begegnung?*

Koch Der theologische Dialog ist gewiss nicht immer leicht zu führen, da Katholiken und Orthodoxe von teilweise verschiedenen Traditionen her kommen und in unterschiedlichen kulturellen Lebenswelten beheimatet sind. Im Dialog sind aber beide Seiten bereit und bemüht, aufeinander zu hören und gemeinsame Wege in die Zukunft zu finden. Die Arbeitstagung auf Leros hat deshalb in einer guten Atmosphäre und in einem konstruktiven Geist stattgefunden. Wesentlich dazu beigetragen hat auch die liebenswürdige Gastfreundschaft des Orthodoxen Metropoliten Paisios von Leros, Kalymnos und Astypalaia (Ökumenisches Patriarchat). Mit seiner umsichtigen Sorge für die Teilnehmer hat er gezeigt, wie sehr ihm der Dialog zwischen Katholiken und Orthodoxen ein Herzensanliegen ist.

KNA *Wie geht es mit der Arbeit der ganzen Kommission weiter? Wird man bei zwei Dokumenten*

nicht den Arbeitsstil verändern müssen? Noch ist keine neue Vollversammlung angekündigt. Warum geht die Arbeit so langsam voran?

Koch Das Koordinationskomitee war der Überzeugung, dass die Besprechung des ersten Themas „Auf dem Weg zur Einheit im Glauben“ nicht so viel Zeit in Anspruch nehmen wird, um eine ganze Plenarversammlung auszufüllen. Man hat deshalb entschieden, sogleich ein zweites Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Das weitere Vorgehen sieht von daher wie folgt aus: Zu den beiden Hauptthemen werden zwei verschiedene Redaktionsgruppen je einen Basistext erarbeiten. Diese Texte werden dem Koordinationskomitee im kommenden Jahr vorgelegt werden, so dass für das Jahr 2019 wieder eine Plenarversammlung ins Auge gefasst werden kann.

KNA *In letzter Zeit häuften sich neue Initiativen der kirchlichen Annäherung. Sie haben z.B. von der „Ökumene der Heiligen“, der „kulturellen Ökumene“ und der „Ökumene des gemeinsamen Handelns“ gesprochen. Haben diese fruchtbaren Bereiche der Begegnung eine positive Rückwirkung auf den theologischen Dialog?*

Koch Dies kann ich durchaus so feststellen. Bereits die historische Entfremdung in der Kirche zwischen Ost und West hat mehr kulturelle als theologische

Ursachen gehabt. Deshalb brauchen auch die Wiederversöhnung und gegenseitige Annäherung andere Formen der Ökumene als allein den theologischen Dialog. Nehmen wir beispielsweise den Aufenthalt der Reliquie des Heiligen Nikolaus von Bari für zwei Monate in Moskau und St. Petersburg, wo über zwei Millionen Gläubige die Reliquien verehrt haben, so darf man dankbar feststellen, dass dieses Ereignis dem Dialog sehr geholfen hat. Denn nach der Begegnung zwischen Papst Franziskus und Patriarch Kyrill hat es in Russland einige Opposition gegen den Patriarchen gegeben. Als die Gläubigen nun erfahren konnten, dass der Transfer der Reliquie des Heiligen Nikolaus nach Russland eine erste Frucht der ökumenischen Begegnung in Havanna gewesen ist, hat dies sehr geholfen, die Spannungen zu lösen. Die „Ökumene der Heiligen“ ist für mich ein guter Weg, die Gläubigen in den ökumenischen Dialog einzubeziehen. Es ist schön und hilfreich, wenn sich die Vorsteher verschiedener Kirchen begegnen und die Theologen miteinander Dialoge führen. Doch die Ökumene führt letztlich nur in die Zukunft, wenn die Gläubigen diesen Weg mitgehen. Dieser Verortung des theologischen Dialogs zwischen Orthodoxen und Katholiken im Leben der Kirchen müssen wir in der Internationalen Kommission noch vermehrt Aufmerksamkeit schenken. ●

Die Kurzformel für den Glauben

Kardinal Koch zur bleibenden Aktualität der Gottesfrage Luthers

Von K. Rüdiger Durth

Köln Es bleibt dabei: Die Kirchen der Reformation sind eigentlich keine Kirche. „Aber eigentlich ist eigentlich ein schreckliches Wort“, schränkt Kardinal Kurt Koch (67) bei seinen „Reflexionen zur bleibenden Aktualität der Gottesfrage Martin Luthers“ unter dem Titel „Suche nach einem gnädigen Gott auch heute“ im Kölner Domforum ein. Im Jahr 2000 sorgte die Feststellung des Vatikan, dass die Kirchen der Reformation lediglich kirchliche Gemeinschaften seien, für Aufsehen und Widerspruch der Pro-

testanten. Gemeint sei damit nur, dass die Kirchen der Reformation keine Kirchen im Sinne der katholischen Kirche seien, erläuterte Koch im Gespräch mit den Zuhörern seines öffentlichen Vortrags im Rahmen des Wissenschaftlichen Symposiums „Wer braucht (noch) einen (gnädigen) Gott?“ im Kardinal-Schulte-Haus des Erzbistums Köln.

Dieses Forum ist nach den Worten von Erzbischof Rainer Maria Woelki der wichtigste Beitrag des mit-

gliederstärksten Bistums in Deutschland zum 500. Jahrestag der Reformation. Und den Vortrag Kochs nennt er bei seiner Begrüßung des Kardinals-Kollegen bereits vorab nicht zu Unrecht den Höhepunkt des dreitägigen Symposiums. Der frühere Schweizer Diözesanbischof und Luzerner Honorarprofessor erweist sich als profunder Kenner Luthers, der wie seine Zeitgenossen unter der Vorstellung Gottes als eines „gnadenlosen, unbarmherzigen und unbittlichen Weltenrichters“ gelitten habe. In seinem Ringen um einen „gnädigen Gott“ habe er dann die Befreiung durch die Erkenntnis der Rechtfertigung aus Gnade erfahren. Und diese Befreiung habe zur Reformation geführt. Erkenntnisse, die heute zwischen Katholiken und Protestanten unstrittig sind.

Bleibt die Frage, ob die Frage nach dem „gnädigen Gott“ auch heute noch die Menschen bewegt und ob sie die Ökumene fördern kann. Koch: „Die ökumenischen Dialoge in den vergangenen 50 Jahren haben das positive Ergebnis zu Tage bringen können, dass in den Grundwahrheiten der Rechtfertigungslehre ein ökumenischer Konsens besteht und dass die verbleibenden theologischen Differenzen den erreichten Konsens nicht wieder in Frage stellen können.“ So verdienstvoll auch die Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre von 1999 sei, so könne sie doch nicht darüber hinwegtäuschen, „dass die heutige Glaubenssituation von derjenigen im 16. Jahrhundert grundlegend verschieden ist“. Der heutige Mensch frage nicht mehr nach dem „gnädigen Gott“, sondern ob es Gott überhaupt gebe. Immer wieder kommt Koch auf den verstorbenen evangelischen Systematiker Wolfhart Pannenberg, bei dem er promoviert hat, zu sprechen. Dieser sei überzeugt gewesen, dass evangelische Theologie heute verpflichtet sei, „ein christliches Reden von Gott und in diesem größeren Zusammenhang ein christliches Heilsverständnis zu entwickeln, das nicht primär an der Schuldfrage, sondern an der Sinnfrage orientiert ist, von der der sich auch der weithin verschüttete Sinn der Schuldfrage neu erschließen kann“. So habe Pannenberg den positiven Gehalt von Luthers Rechtfertigungslehre in der Grundüberzeugung erblickt, dass der Mensch Gemeinschaft mit Gott nur durch den Glauben haben könne, in dem die Freiheit des Christenmenschen zutiefst begründet sei. Für

Pannenberg sei deshalb der Gedanke der christlichen Freiheit die „elementarste Konsequenz der Rechtfertigungslehre und folglich das ‚wichtigste Erbe der Reformation‘“. Ist Kardinal Koch ein „Pannenberg-Protestant“? Im Gespräch im Anschluss an seinen Vortrag meint er zum Autor lachend: „Das müssen Sie umgekehrt sehen. Ist Pannenberg katholisch?“

Zur Aktualität des Rechtfertigungsglaubens führte Koch aus, christliche Theologie als Rede von Gott sei „nur möglich als Antwort auf die geschichtliche Selbstoffenbarung Gottes. In dieser hat sich Gott als ein barmherziger, gnädiger und liebender Gott offenbart.“ Damit kehre die Frage Luthers nach dem gnädigen Gott wieder, freilich unter neuen Bedingungen: „Denn Gnade ist zweifellos das zentrale Grundwort des christlichen Glaubens und deshalb auch das in der Kirche am meisten gebrauchte Wort. Es ist heute aber auch der am meisten verbrauchten Worte geworden und droht für viele Menschen zu einer reinen Worthülse zu werden.“ Dennoch: „Gnade ist die eine Kurzformel für den christlichen Glauben, dass letztlich alles Gnade ist: *sola gratia*.“ Für Kardinal Koch erweist sich der christliche Rechtfertigungsglaube als „Anwaltschaft der Gnade mitten in der heutigen Gesellschaft, die von individueller und struktureller Gnadenlosigkeit so sehr bedroht ist, die im Kern darin besteht, dass der Mensch, mit seinen eigenen Leistungen identifiziert wird.“ Wenn der Christ damit ernst mache, dass der Mensch in den Augen Gottes unendlich mehr sei als die Bilanz seiner Taten und erst recht als die Bilanz seiner Untaten, verstehe es sich von selbst, dass die Todesstrafe mit der Rechtfertigungslehre völlig inkompatibel sei.

Der Kardinal beendet seine einstündige, konzentrierte Rede mit den Worten, die Kernanliegen Luthers hätten „auch heute nichts an Aktualität verloren, sondern fordern uns heraus, sie in ökumenischer Gemeinschaft wahrzunehmen und die Frage nach dem gnädigen und barmherzigen Gott als Antwort auf die herausfordernden Zeichen der heutigen Zeit und auf die bedrängenden Lebenserfahrungen der Menschen heute zu stellen und die Gegenwart des lebendigen Gottes in der heutigen Welt zu bezeugen“. Um die Ökumene muss einem bei einer solchen Theologie nicht bange sein. ●

Eindringlicher Appell an die Welt

Religionen beenden Weltfriedenstreffen mit Gebet und Kundgebung

Von Alexander Pitz und Johannes Schönwälder

Osnabrück Etwas Besonderes sollte vom 31. Weltfriedenstreffen der Gemeinschaft Sant'Egidio in Münster und Osnabrück ausgehen. Veranstalter und Gastgeber hatten sich ein „Zeichen des Friedens in die gesamte Welt“ gewünscht, wie es Münsters Bischof Felix Genn geäußert hatte. Es war tatsächlich ein besonderes Zeichen, das die Vertreter von Kirchen und Religionen am 12. September der Öffentlichkeit präsentierten: ein Friedensappell, der bewegt und aufrüttelt und der es nicht bei der Beschreibung von Unfrieden, Gewalt und Hass auf der Welt belässt.

Dem setzten die Religionen am Ende des dreitägigen Treffens zum einen das Gebet entgegen. Am Nachmittag hatten Christen, Juden, Muslime, Buddhisten und weitere Gläubige an verschiedenen Orten in Osnabrück ein Friedensgebet abgehalten – jede Gruppe in ihrer Tradition. Manche allein und im Freien wie ein Sikh vor einem mit Früchten und Blumen geschmückten Altar und ein Hindu mit Räucherstäbchen. Andere beteten in Gruppen wie die Muslime in einer Schulaula auf gen Mekka ausgerichteten Teppichen. Die Juden trafen sich in einem Chorübungsraum zum Gebet, und die Tenrikyo – eine aus dem japanischen Schintoismus hervorgegangene Bewegung – beteten in Begleitung von Glockenklang und Flötenspiel. Die Mehrheit der Christen versammelte sich im Dom, der bis auf den letzten Stehplatz gefüllt war.

Beim Glockenschlag um 18.30 Uhr zogen alle Gruppen zusammen zum Marktplatz vor dem Osnabrücker Rathaus des Westfälischen Friedens. Dort versammelten sich rund 5.000 Laien und geistliche Führer von mehr als 40 Glaubens- und Religionsgemeinschaften – im Hintergrund das Bild einer meterhohen Friedenstaube. Kurz vor 19 Uhr drohte die Abschlusszeremonie ins Wasser zu fallen. Als unvermittelt heftiger Regen einsetzte, suchten viele Zuschauer auf dem Marktplatz das Weite. Doch

wenige Minuten später war der Schauer vorüber und den zurückströmenden Menschen zeigte sich ein prächtiger Regenbogen am Horizont. „Das ist ein Zeichen!“, rief ein junger Mann und zog fröhlich seine Kapuzenjacke aus.

Osnabrücks Bischof Franz-Josef Bode erinnerte in seiner Rede daran, dass 1648 an dieser Stelle und im Rathaus von Münster der Westfälische Frieden geschlossen wurde, der den Dreißigjährigen Krieg beendete. Die Treffen von Religionsvertretern auch aus politisch verfeindeten Staaten in den vergangenen drei Tagen hätten die Sehnsucht nach Frieden und Gerechtigkeit gesteigert. Sie zeigten unübersehbar eine „positive Kraft der Religionen für ein friedliches Zusammenleben“. Zu einem emotionalen Fanal geriet die Rede des armenisch-katholischen Erzbischofs von Aleppo, Boutros Marayati. „Nie wieder Krieg – dieser Schrei ertönt aus meiner Stadt Aleppo und allen Städten, die von Gewalt und Konflikten verwundet sind. Es ist der Schrei der Kinder, der Frauen und Flüchtlinge, die auf den Frieden warten.“ Krieg werde nicht mit Krieg besiegt, sondern mit Dialog, Vergebung und Versöhnung.

Schließlich wurde der gemeinsame Friedensappell des Treffens verlesen: „Wir verpflichten uns, dafür zu arbeiten, dass die Ursachen vieler Konflikte beseitigt werden“, heißt es in dem Text. Der Kampf gelte einer Gier nach Macht und Geld, dem Waffenhandel, Fanatismus und Nationalismus. Ein effektives Mittel gegen Krieg und Hass sehen die Veranstalter des Weltfriedenstreffens im Dialog. Die Zusammenkunft so unterschiedlicher Menschen aus allen Regionen der Erde könne eine Gemeinschaft schaffen, hieß es. Sie könne dem „Netzwerk des Hasses und der Gewalt“ etwas entgegensetzen. „Im Respekt vor der Verschiedenheit“ müsse durch einen dauerhaften Dialog eine „spirituelle Einigung verwirklicht und aufgebaut werden“, so der

Aufruf. Die spirituelle Einigung könne die Seele sein, die der Welt heute vielfach fehle und die den ersehnten Frieden bringen könne.

„Das hier ist wirklich eine beeindruckende Sache“, sagte der 18 Jahre alte, eigens aus Rom angereiste

Filippo. Das Fazit des jungen Italieners: „Wenn die Angehörigen der verschiedenen Religionen miteinander reden, lässt sich verhindern, dass Ängste und Ignoranz überhaupt erst entstehen.“ Er freue sich bereits auf das nächste Weltfriedenstreffen, das in seinem Heimatland stattfinden wird: 2018 in Bologna. ●

Kurienkardinal Kasper nennt Kirchenspaltung einen „Skandal“

Münster Kardinal Walter Kasper hat die anhaltende Spaltung der Kirche als „Skandal“ bezeichnet. Angesichts der Krisen auf der Welt brauche es dringend weitere Schritte zur Einheit, sagte er beim Weltfriedenstreffen der Gemeinschaft Sant'Egidio in Münster. Es gebe heute keine wesentlichen Differenzen mehr zwischen katholischen und evangelischen Christen. Die wahren Unterschiede lägen zwischen denen, die glauben, und denen, die nicht glauben oder einer anderen Religion angehören. Der Kardinal äußerte sich bei einer Diskussionsveranstaltung über „500 Jahre Reformation“. Er sei sehr dankbar, dass das Reformationsjahr völlig ohne Polemik geblieben sei, sagte der frühere Ökumene-Minister des Papstes. Gefreut hätten ihn auch die vielen Aktionen auf mittlerer und unterer Ebene der Kirchen, durch die viel in Bewegung geraten sei. Es hätte aber noch ein wenig mehr theologische Diskussionen geben können. Auch wünsche er sich, dass das Reformationsgedenken mit einer Vereinbarung zu Ende geht, wie in den kommenden Jahren in der Ökumene verfahren werden soll. Für den weiteren Weg sei es wichtig, die jeweils andere Position zu verstehen. Das aber gehe nur bei gleichzeitiger Betonung des eigenen Standpunktes. Eine vermeintlich liberale Ökumene, bei der alles egal ist, sei nicht sinnvoll. Es gelte, auf beiden Seiten „mehr katholisch und mehr evangelisch“ zu werden. Alles andere wäre eine Verflachung. Zudem sei Ökumene nur durch Begegnung und gegenseitigen Respekt möglich. „Wenn ich mit jemandem gesprochen, gegessen und gebetet habe, begegne ich ihm anders.“

Unterstützung kam vom evangelischen Nordkirchen-Landesbischof Gerhard Ulrich. Der Weg zur Einheit führe über die „Einheit in versöhnter Verschiedenheit“, so der Leitende Bischof der Vereinig-

ten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD). Großes Ziel sei die Mahlgemeinschaft. „Wir werden nicht aufhören den Weg der Ökumene zu gehen, bis wir die Aufforderung von Christus hören, uns an einen Tisch zu setzen.“ Weiter meinte Ulrich, auf Gottes Wort zu hören und den Dialog mit anderen zu suchen, sei notwendig, um in einer zerrissenen und konflikthafter Welt ein Zeichen für den Frieden zu setzen. „Wenn wir auf Gottes Wort und auf einander hören, dann eröffnen sich Räume, in denen Vertrauen wachsen kann, in denen wir Fremdes aushalten und trotz aller Unterschiede respektvoll miteinander umgehen können“, fügte er hinzu. Auch der Catholica-Beauftragte der VELKD, Landesbischof Karl-Hinrich Manzke (Bückeburg), nahm am Friedenstreffen teil. Auf dem Podium „Gebet, Krankheit, Heilung“ sprach er über das Gebet als Antwort des Glaubens und als Quelle der Aussagen über Gott, Welt und Mensch: „Wo das Gebet verstummt ist, da ist es um die Religion selbst geschehen“. Er betont die kulturelle Vielfalt des Gebets und seine Bedeutung für den Einzelnen und die Welt: „Die betende Kirche erfüllt darin ihren Dienst an der Gesellschaft, dass sie das Tun des Gebets mit der Arbeit für den Frieden bleibend verbindet.“

Der Prior der ökumenischen Gemeinschaft von Taizé, Frère Alois, hob die besondere Bedeutung der Heiligen Schrift für die Kirchen der Reformation hervor. Die Bibel sei auch für die Ökumene wichtig. Lange habe die katholische Kirche in der Abwehr des reformatorischen Prinzips die Bedeutung der Bibel heruntergespielt. Damit müsse es ein Ende haben. Zentraler Punkt der Schrift sei die Liebe Gottes zu den Menschen und die Liebe der Menschen untereinander. Diese Botschaft stehe überkonfessionell über den Kirchen. ●

„Zu Unrecht in der rechten Ecke“

13. Berliner „Marsch für das Leben“ mit bischöflichem Rückhalt

Von Gregor Krumpholz

Berlin Der „Marsch für das Leben“ ist jung in Berlin. Beim alljährlichen Protest gegen Abtreibung und aktive Sterbehilfe dominierten Falten und graue Haare durchaus nicht das Bild. Doch gerade das Engagement aus allen Generationen hat auch eine Schattenseite. Mehrfach gelang es ebenfalls jungen Gegendemonstranten am 16. September, sich unter die bei ihnen verhassten „Lebensschützer“ zu schmuggeln und ein Recht auf Abtreibung einzufordern. Doch ihre Störversuche mit schrillen Trillerpfeifen und lautstarken Parolen dauerten nicht lange. Schnell gelang es der Polizei, sie abzu- drängen. Rund 850 Beamte waren dafür abgestellt. Sie sorgten dafür, dass die nach Angaben der Veranstalter rund 7.500 Teilnehmer aus ganz Deutschland zum 13. Mal für den Schutz des Lebens „von der Zeugung bis zum Tod“ auf die Straße gehen konnten. Vom Platz vor dem Reichstagsgebäude, dem Sitz des Bundestages, zogen sie mit weißen Kreuzen als Symbol für Abtreibungen fünf Kilometer durch das Zentrum der Hauptstadt, dabei auch durch das Brandenburger Tor.

Veranstaltet wurde der Marsch erneut vom Bundesverband Lebensrecht (BVL), einem Zusammenschluss von 13 Lebensschutzorganisationen. Unter den Teilnehmern verschiedener christlicher Konfessionen konnte die BVL-Vorsitzende Alexandra Maria Linder erneut vier katholische Bischöfe begrüßen: Es waren der Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer sowie die Weihbischöfe Hubert Berenbrinker (Paderborn), Matthias Heinrich (Berlin) und Florian Wörner (Augsburg). Unter den Mitwirkenden war überdies der Vorsitzende der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA), Ekkehart Vetter. Evangelische Bischöfe waren wie in den vergangenen Jahren nicht dabei. Nur der Greifswalder Bischof Hans-Jürgen Abromeit hatte dem Marsch in einem Grußwort vorab seine Unterstützung zugesichert.

Beim Abschlussgottesdienst würdigte Voderholzer den Marsch dennoch als „großes ökumenisches Hoffnungszeichen“. Im Reformationsgedenkjahr sei es ein sichtbarer Beweis für die schon erreichte Einheit unter den Christen. Wie seine Vorredner rief der Regensburger Bischof dazu auf, die im Grundgesetz festgeschriebene Würde jedes Menschen „von seinem ersten Augenblick bis zum letzten Atemzug“ zu verteidigen, „egal ob er den Erwartungen anderer entspricht oder nicht“.

Dabei könnten sich die Christen nicht nur auf die „Position ihres Glaubens“ stützen, sondern auch das Naturrecht und die Philosophie, betonte Voderholzer. Er räumte ein, dass Menschen mit Behinderungen „noch nie so viel Fürsorge“ erhielten wie heute. Bei ungeborenen Kindern gebe es jedoch eine „unbarmherzige und gnadenlose Selektion“, so Voderholzer. Er verwies darauf, dass neun von zehn Embryonen mit Down-Syndrom abgetrieben würden. Zugleich mahnte der Bischof, beim Schutz des Lebens auch für die Menschen einzutreten, „die sich nach einer lebenswerten Heimat sehnen“. Der DEA-Vorsitzende Vetter betonte ebenfalls unter dem Applaus seiner Zuhörer, das Engagement für das Leben sei unteilbar und müsse auch verfolgte und geflüchtete Menschen umfassen.

Seine Unterstützung bekundete auch der Berliner Erzbischof Heiner Koch in einem Grußwort, das sein Weihbischof Heinrich verlas. Im Unterschied zu 2016 konnte Koch wegen eines Kirchentags in Vorpommern nicht teilnehmen. Der Erzbischof lobte den Einsatz für das Lebensrecht jedes Menschen in all seinen Entwicklungsphasen als „wahrhaft demokratisches Anliegen“. Zugleich kritisierte er, dass das Engagement „für das ungeborene Leben noch immer relativiert und gern in die rechte Ecke gestellt wird“. Dies sei „völlig zu Unrecht“, monierte der Berliner Erzbischof. ●

Kaufmann: Kirche hat Reformationsjubiläum vergeigt

Frankfurt Der Göttinger Kirchenhistoriker Thomas Kaufmann hat der evangelischen Kirche Versagen bei der Gestaltung des Reformationsgedenkjahres vorgehalten. Die „Jubiläumsblase“ mit ihren „phantastischen Zielen“ und „übersteigerten Besuchererwartungen“ sei geplatzt, schrieb Kaufmann in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Das Jubiläum zum 500. Jahrestag der Reformation sei „vergeigt“ worden. Frühere Reformationsjubiläen seien vor allem von Staatsakteuren und Theologieprofessoren bestimmt worden, so Kaufmann. Das 500-Jahr-Gedenken der Reformation aber sei erstmals maßgeblich von Kirchenfunktionären gestaltet worden; die akademische Theologie sei von der Planung und Konzipierung weitestgehend ausgeschlossen worden, kritisiert der Kirchenhistoriker. „Auch die christliche Religion ist vor Talibanisierungstendenzen nicht gefeit; sie bedarf permanent der kultivierenden Kraft theologischer Wissenschaft.“

Als wesentliche Errungenschaft der Reformation bezeichnet der Kirchenhistoriker die dauerhafte Verbindung der Theologie mit der Universität. Die Religion werde durch wissenschaftliche Reflexion und Bildung diszipliniert und kultiviert; sie müsse sich in einer Welt erweiterter Wissenshorizonte und widerstreitender Wahrheitsansprüche immer neu behaupten. Während Priester vor der Reformation kaum theologische Bildung besessen hätten, sei es nach 1517 zur Ausbildung einer Funktionselite gekommen. Religiöse Schwärmer und selbsternannte Propheten seien in die Schranken verwiesen worden. Die große Konkurrenz der Konfessionen in Deutschland hat dann nach den Worten Kaufmanns dazu geführt, dass „die wissenschaftliche Theologie beider Konfessionen in Deutschland weltweit führend wurde und es auf Dauer blieb“. Heute sei dieses Modell „angesichts der machtvollen Rückkehr der Religion“ dringender geboten denn je, meinte Kaufmann. ●

Theologe: Luthers Musik-Verständnis wirkt bis heute nach

Tübingen Das Musik- und Kunstverständnis Martin Luthers wirkt nach den Worten des Tübinger Theologen Hans Martin Dober bis heute nach. Für den Reformator war die Musik „die höchste unter den Künsten“ und stand auf Augenhöhe mit der Theologie, wie Dober in einem Gespräch mit der KNA betonte. Luther sei überzeugt gewesen, dass Musik durch sich selbst wirke und auch ohne Worte funktioniere. Der Wittenberger Reformator, der selbst gerne sang und Laute spielte, habe Musik als eine Gabe Gottes begriffen, sagte Dober. Als eine solche Gottesgabe musste Musik für Luther hochqualitativ wertvoll sein. Im Singen habe Luther eine „Bewegung über die Welt hinaus hinein in himmlische Sphären“ gesehen. Dieses Verständnis habe sich in der Musik des Luthertums ausgedrückt, etwa in Begräbnisliedern und -musiken des 17. und 18. Jahrhunderts. Zugleich übersetzte Luther für Dober „Naturmusik“ wie den Gesang einer Nachtigall in eine Kulturform. Diesen Ansatz gebe es dann nicht nur bei Beethoven und Mendelssohn Bartholdy, sondern etwa auch im heutigen Jazz.

Musik war nach den Worten des Tübinger Theologen für Luther im Sinne des Philosophen Aristoteles immer auf menschliche Affekte bezogen, drücke Emotionen aus und wirke auf das Seelenleben ein. Er schuf nicht nur die Texte vieler Lieder, sondern komponierte auch, etwa den Weihnachts-Evergreen „Vom Himmel hoch, da komm‘ ich her“. Bis heute stehen seine Lieder und Texte in Gesangbüchern. Für Dober geht auch die bis heute im deutschsprachigen Raum existierende Wertschätzung des Chorgesangs auf den Reformator zurück und habe eine „protestantische Kultur des Singens begründet“. Positiv stand Luther laut Dober auch zum Theater und zur Bilderkunst. Den sogenannten reformatorischen Bildersturm habe Luther abgelehnt. Er sprach der Malerei demnach eine begrenzt wichtige Funktion zu, etwa für Bildung und Pädagogik. Allerdings habe Luther in Gemälden „nichts Magisches finden können“, so Dober. Der Wissenschaftler äußerte sich vor einer interdisziplinären Tagung der Universität Tübingen über „Luther und die Folgen: Das Verhältnis von Religion und Musik“. ●

Konfessionsübergreifende Plattform für Theologie angeregt

Wien Eine gemeinsame christliche akademisch-theologische Stimme in Europa ist nach Einschätzung der Teilnehmer eines Theologenkongresses in Wien angesichts der großen Herausforderungen der Gegenwart erforderlich. „Als Theologinnen und Theologen sind wir immer auch aufgefordert, in die Gesellschaft hineinzuwirken“, sagte der Münsteraner Kirchenhistoriker Albrecht Beutel, im Gespräch mit der österreichischen katholischen Nachrichtenagentur „Kathpress“. Eine der zentralen Herausforderungen für die akademische Theologie in den kommenden Jahren sieht Beutel in der Arbeit an einer gemeinsamen, konfessionsübergreifenden Plattform – „denn gehört werden wir nur, wenn wir mit einer Stimme sprechen“.

Beutel ist stellvertretender Vorsitzender der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie, die gemeinsam mit der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien den „16. Europäischen Kongress für Theologie“ unter dem Motto „Christentum und Europa“ vom 10. bis 13. September in Wien veranstaltet hat. Man habe sich dabei „bewusst nicht mit dem Reformationsjubiläum befasst, um ein Zeichen zu setzen, dass evangelische Kirche und Theologie mehr ist als Luther“, sagte Beutel. Die Frage indes, was es bedeute, von den „christlichen Wurzeln Europas“ zu sprechen, sei „virulent“ und könne „nur konfessionsübergreifend erschöpfend beantwortet werden“. Daher habe man sich auch systematisch über die Bereiche „Das Christentum in der europäischen Geschichte“, „Das Christentum in der europäischen Pluralität“ und „Das Christentum in der europäischen Wissenskultur“ dieser Frage genähert. Dabei kamen evangelische wie katholische Theologen sowie jüdische Stimmen gleichermaßen zu Wort, darunter etwa der in Toronto und an mehreren deutschen Universitäten lehrende jüdische Bibelwissenschaftler Carl S. Ehrlich, der zur Frage „Die Bibel – ein europäisches Buch?“ referierte.

Unter den Referenten waren katholischerseits der früher in Linz und Innsbruck und heute in Frankfurt Kirchengeschichte lehrende Günther Wassilowsky

(„Die christlichen Konfessionen als binnenplurale Konfliktgemeinschaften“), der emeritierte Freiburger Dogmatiker Peter Walter („Gegeneinander, nebeneinander, miteinander? Das zukünftige Verhältnis der christlichen Konfessionen in Europa“) sowie der Regensburger Neutestamentler Tobias Nicklas.

Der „Europäische Kongress für Theologie“ findet alle drei Jahre an wechselnden Orten statt – zuletzt in Zürich, Berlin und Wien. Die den Kongress ausrichtende Wissenschaftliche Gesellschaft für Theologie wurde 1973 gegründet. Der Verein hat seinen Sitz in Göttingen. Vorsitzender ist der Bonner evangelische Theologe Michael Meyer-Blanck. Nach eigenen Angaben hat die Gesellschaft mehr als 700 Mitglieder, die in der theologischen Lehre und Forschung tätig sind. Die Mitgliedschaft steht ausdrücklich auch Theologinnen und Theologen anderer Konfessionen und Religionen offen. Die Gesellschaft und der Kongress haben sich laut Beutel in den vergangenen deutlich konfessionell und interreligiös geöffnet. Schließlich zeige sich bei allen fachwissenschaftlichen Unterschieden doch immer stärker, dass die großen gesellschaftlichen Themen nach einer gemeinsamen Antwort verlangten. (www.etf2017wgth.at) ●

Melanchthonhaus zeigt Ausstellung über Reformationssouvenirs

Bretten Kitsch oder Kunst – das Melanchthonhaus in Bretten zeigt „Reformationssouvenirs“ des 19. Jahrhunderts. Während zum 500-Jahr-Jubiläum 2017 der Playmobil-Luther zum Bestseller wurde, waren es vor 200 Jahren Porzellantassen, Wandkacheln mit Porträts der Reformatoren oder kleine Medaillons, wie Museumsleiter Günter Frank beschreibt. „Wir zeigen die rund 40 Exponate aus unserer Sammlung nun zum ersten Mal der Öffentlichkeit.“ Philipp Melanchthon ist neben Martin Luther der bedeutendste Reformator. Er stammt aus Bretten bei Karlsruhe, wo das nach ihm benannte Museum an sein Wirken erinnert. ●

Gegen Ökumenisches Patriarchat oder für Ökumene?

Athen Der Heilige Synod, das Exekutivorgan der orthodoxen Bischofskonferenz von Griechenland, behält sich ab sofort auf deren ganzen „kanonischen Territorium“ das alleinige Genehmigungsrecht für Zelebrationen, Sakramentspendungen, Predigten und Vorträge von Bischöfen, Priestern, Diakonen, aber auch Mönchen ohne Weihen sowie Laientheologen vor. Bisher lag die Zuständigkeit für diesbezügliche Erlaubnisse bei den jeweiligen Ortsbischöfen, wie das schon frühchristliche Praxis war und so auch im orthodoxen Kirchenrecht verankert ist.

Die neue Regelung betrifft nicht nur Angehörige ausländischer orthodoxer Kirchen, sondern ebenso aus jenen Gebieten des griechischen Staats, die kirchlich nicht zu dessen autokephaler Orthodoxie, sondern zum Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel gehören: Also Kreta, die Dodekanes und andere Inseln sowie ganz Nordgriechenland. Darauf hat der Athener Synod bereits ausdrücklich in einer Mitteilung an Patriarch Bartholomaios I. hingewiesen. Während sich dieser noch in Italien zur Weihe der neuen griechisch-orthodoxen Kirche von Bologna aufhält, bezeichnen Kreise des Phanar das Vorgehen der Orthodoxen Kirche von Griechenland als einen Versuch, auf ihre volle Herauslösung aus dem Ökumenischen Patriarchat hinzuarbeiten. Dieses hatte 1850 den Orthodoxen im damals noch kleinen Königreich Griechenland eine „vorläufige“ Autokephalie gewährt und 1864 bzw. 1882 ihre Ausdehnung auf Korfu und die anderen Ionischen Inseln sowie dann Thessalien gebilligt. Kreta, ägäische Inseln und Makedonien, die 1913, Thrakien 1920 und Rhodos mit seinem Archipel 1949 zu Griechenland kamen, blieben hingegen mit einem jeweils unterschiedlichen Status bei Konstantinopel.

In Athen wird hingegen betont, dass sich die neue Verfügung vorrangig gegen „Wandermönche“ vom – ebenfalls dem Ökumenischen Patriarchen unterstehenden – Berg Athos richte, die in griechischen Gemeinden antiökumenische Propaganda betrieben. Sie finden Aufnahme und Unterstützung bei jenen gar nicht so wenigen Bischöfen, die selbst jede Annäherung der Orthodoxie an Katholiken, Altkatholiken, Anglikaner und Protestanten bekämpfen.

Ein Abt aus der Klosterrepublik bezeichnete unter Wahrung seiner Anonymität den Beschluss des Heiligen Synods als „unerhört in den Beziehungen Griechenlands zum Heiligen Berg Athos, ja in der gesamten orthodoxen Kirchengeschichte“. Dem Vernehmen nach handelt es sich um den Vorsteher der Abtei Dochiariou, Grigorios Zoumis. Er ist für seine Ökumene-Feindschaft bekannt. ●

Grundstein für neue rumänisch-orthodoxe Kirche in Wien gelegt

Wien Der rumänisch-orthodoxe Metropolit Serafim (Joanta) hat am 17. September in Wien-Leopoldstadt die Grundsteinlegung für eine neue rumänisch-orthodoxe Kirche vorgenommen. Geplant ist eine 400 Quadratmeter große Kirche mit freistehendem Glockenturm, wie er in der rumänischen Bukovina üblich ist, verbunden mit zwei Gebäuden, in denen u.a. das Pfarrbüro, die Pfarrwohnung und ein Kindergarten (in Trägerschaft der katholischen St. Nikolaus-Stiftung) Platz finden werden. Metropolit Serafim bezeichnete den Bau als „historisches Ereignis, auch für die anderen Christen in Wien“. Das neue Gotteshaus werde „ein Zeugnis des gemeinsamen Glaubens an Christus“ sein und als „spirituelle Lunge“ für ein Stadterneuerungsgebiet fungieren. Der seit 1994 für Zentral- und Nordeuropa zuständige rumänisch-orthodoxe Erzbischof hob am Rande der Feierlichkeiten im Gespräch mit der österreichischen katholischen Nachrichtenagentur „Kathpress“ die starke katholische Tradition Österreichs hervor, die auch positive Auswirkungen auf die übrigen Kirchen im Land habe. So seien auch die rumänischen Gläubigen in Österreich sehr stark mit ihrer Kirche verbunden – stärker, als dies beispielsweise in Deutschland der Fall sei, so der aus Nürnberg angereiste Metropolit. Der Bezirk Leopoldstadt hatte 2014 an alle Religionsgemeinschaften appelliert, im Sinne aktueller stadtplanerischer Überlegungen im Neubaugebiet des einstigen Frachtenbahnhofs des Nordbahnhofs ein spirituelles Zentrum zu errichten. ●

Muss die Theologische Hochschule Chalki Wohnblöcken weichen?

Chalki Große Besorgnis weckt auf den Istanbul vorgelagerten Prinzeninseln ein neuer Bebauungsplan. Dieser soll Wohnraum für eine Verfünffachung der Bewohner schaffen und dazu Meeresstrände, Wälder sowie bisher denkmalgeschützte Gebäude und Ensembles zur Bebauung bzw. für Umbauten oder ihren Abbruch zugunsten von Neubauten freigeben. Ebenso ist geplant, das bisherige Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren aufzuheben und auf den Inseln zahlreiche neue Straßen anzulegen.

Gegen diesen Plan, der bereits vom Stadt- und Gemeinderat von Groß-Istanbul gebilligt wurde, protestieren nicht nur Umwelt-Organisationen, sondern besonders die christliche und jüdische Minderheit. Armenische Christen, Griechisch-Orthodoxe, Katholiken verschiedener Riten und sefardische Juden sind auf den Prinzeninseln noch so stark wie sonst nirgendwo mehr in der heutigen Türkei vertreten, haben Prinkipos, Chalki, Antigonni und Proti nach wie vor zur Gänze geprägt. Der Zuzug von weiteren 52.000 zu den heute 14.200 Bewohnern würde diesen Charakter der Prinzeninseln als letztes Relikt der alten, multireligiösen und -kulturellen osmanischen Türkei zerstören. Erfahrungsgemäß – wie das Beispiel der bereits völlig türkisch-islamisch geprägten Christeninseln Imbros und Tenedos vor den Dardanellen zeigte – kommen keine Zuwanderer aus anderen kultivierten Teilen Istanbul, sondern solche aus dem hintersten Anatolien. Viele von diesen sind noch Analphabeten.

Von der Aufhebung des Denkmalschutzes zugunsten kommerzieller Um- und Neubauten werden historische Kirchen, Klöster und Synagogen sowie die seit 1971 vom Staat geschlossene, doch baulich intakte Theologische Hochschule von Chalki bedroht. Gleichzeitig sieht der neue Bebauungsplan die Annullierung aller bisherigen Besitztitel der alten malerischen Holzhäuser und ihrer Gärten vor, die sich größtenteils in christlicher oder jüdischer Hand befinden. An ihre Stelle sollen mehrgeschossige Wohnblocks treten.

Den Protesten hat sich auch der türkische Schriftsteller und Nobelpreisträger Orhan Pamuk angeschlossen, der auf Prinkipos wohnt. Er warnt, dass mit einer solchen „Zubetonierung“ der Prinzeninseln diese „letzten Enklaven des Traums vom schönen, alten Istanbul“ in eine „Hölle von Kommerz, Umweltzerstörung und Primitivität“ verwandelt würden.

In der Istanbuler Abendzeitung „Apogevmatini“ erschien inzwischen folgende „Todesanzeige“ für die Prinzeninseln: „In tiefer Trauer verkünden wir den vorbedachten Tod unserer geliebten Prinzeninseln: Die untröstlichen Bewohner von Prinkipos, in tiefer Trauer jene von Chalki, voll Schmerz die von Antigonni und Proti. Das Begräbnis findet nach den Bestimmungen der neuen Bauordnung statt, die unseren glückseligen Inseln den Todesstoß versetzt. Der Herr gebe ihnen die Ewige Ruhe!“ ●

Todesurteile für sieben Angeklagte wegen Enthauptung von Kopten

Kairo Ein Gericht in Ägypten hat am 16. September sieben Personen zum Tode verurteilt, die an der Enthauptung von 21 koptischen Christen beteiligt gewesen sein sollen. Das Urteil habe zunächst vorläufigen Charakter und sei zur Bewertung an den Großmufti weitergeleitet worden, wie die ägyptische Zeitung „Ahrām Online“ berichtete. Dessen Einschätzung ist jedoch nicht bindend. Von den sieben Angeklagten seien drei in Abwesenheit verurteilt worden. Die Verurteilten sollen als Mitglieder der Terrormiliz „Islamischer Staat“ an der Enthauptung von 21 ägyptischen Kopten an einem Strand nahe der libyschen Stadt Sirte beteiligt gewesen sein. Ein im Februar 2015 veröffentlichtes Video der Tat hatte weltweit für Entsetzen gesorgt. Über das Urteil für 13 weitere Angeklagte soll am 25. November entschieden werden. ●

Unbeschriebenes Blatt

Führungswechsel im staatlichen türkischen Religionsamt

Von Heinz Gstrein

Ankara Mit dem Rücktritt des Leiters der obersten islamischen Religionsbehörde *Diyamet* hat sich ein weiterer langjähriger politischer Weggefährte des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan von dessen zunehmend autoritärem Kurs abgesetzt: Mehmet Görmez stand seit 2010 an der Spitze dieses „Amtes für religiöse Angelegenheiten“, nachdem schon sein Vorgänger Ali Bardakoglu wegen Meinungsverschiedenheiten mit Erdogan seine Demission eingereicht hatte. Kontroverspunkte waren damals vor allem die Ernennung von Frauen zu Vize-Muftis, seine Teilnahme an der Einweihung einer evangelischen Kirche im Touristenort Alanya und die Begegnung mit Papst Benedikt XVI. bei dessen Türkeibesuch von 2007. Erdogan hatte Bardakoglu unter Hinweis auf das angeblich islamfeindliche „Regensburger Papstzitat“ aus dem Vorjahr nahegelegt, sich in Ankara nicht mit dem Heiligen Vater zu treffen. Seit seinem Rücktritt steht Bardakoglu in der Türkei im Abseits, doch gilt er international weiter als angesehener moderater islamischer Theologe.

Sein Nachfolger Görmez hingegen erwies sich als williger Erfüllungsgehilfe von Erdogans Religionspolitik. Den Gipfel der Willfährigkeit bildete seine Entscheidung, nach dem gescheiterten Umsturzversuch vom Juli 2016 den dabei gefallenen Beteiligten ein islamisches Begräbnis zu verweigern. Vielmehr verfügte Görmez die Schaffung eigener „Verräter-Friedhöfe“, in denen die Putschisten verscharrt wurden. Seine jetzigen Differenzen mit dem Staatschef, die schließlich zum Rücktritt führten, hingen nach Informationen aus Ankara mit den Auslandsaktivitäten von *Diyamet* zusammen. Dieses kontrolliert über Tochterinstitutionen – DITIB in Deutschland bzw. ATIB für Österreich – die für Europa-Türken errichteten Moscheen, ihre Geistlichkeit und deren Predigten sowie Ketten von geistlichen Schulen „Imam-Hatip“. Sowohl DITIB und ATIB wie die

Imam-Hatip waren in jüngster Zeit ins Zentrum der Kritik ihrer Gastländer wegen propandistischem Missbrauch für Erdogans Zielsetzungen und zur politislamischen Indoktrinierung der Auslandstürken geraten. Görmez riet seinem Präsidenten zu einem unauffälligeren Auftreten des *Diyamet* außerhalb der Türkei. Als er damit kein Gehör fand, wollte er nicht länger verantwortlich sein und reichte schon im August seinen Rücktritt ein.

Erdogan tat sich gar nicht leicht, einen Nachfolger zu finden. Niemand wollte das insschiefe Licht geratene *Diyamet* übernehmen. Erst nach sechswöchigem Suchen fand sich ein untergeordneter Beamter der Religionsbehörde bereit, das Amt des Leiters und damit ranghöchsten muslimischen Geistlichen der Türkei zu übernehmen: Der 56-jährige Ali Erbas aus Ordu am Schwarzen Meer, ein im Unterschied zu seinen beiden Vorgängern als Theologe fachlich unbeschriebenes Blatt. Erbas hat sich auf seinem Fachgebiet Religionsgeschichte kaum hervorgetan, wenn man von zwei kürzeren Gastspielen an französischen Universitäten absieht. ●

Özdemir fordert mehr Härte gegen Salafismus und Islamismus

Berlin Der Spitzenkandidat und Bundesvorsitzende der Grünen, Cem Özdemir, fordert eine härtere Gangart gegenüber Salafisten und Islamisten. So wolle er die finanzielle Förderung von Moscheen oder Vereinen durch Gelder aus den Golfstaaten beenden, sagte er im Interview der „Welt“. Als Sohn aus einer muslimischen Familie, so Özdemir, wäre er im Fall einer Regierungsbeteiligung „härter als CDU, CSU, SPD und FDP gegenüber der Islamisten-Ideologie des Salafismus, die wir aus Saudi-Arabien einführen“. ●

Themen für Kandidaten

Auch Muslime veröffentlichen Wahlprüfsteine

Von Joachim Heinz

Köln/Berlin Zwischen Berlin und Ankara ist der Ton in den vergangenen Wochen schärfer geworden. So forderte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan die Türkeistämmigen auf, bei der Bundestagswahl am 24. September ihre Stimmen nicht SPD, Grünen oder Union zu geben. Diese Parteien seien „Feinde der Türkei“. Ob Erdogans Parolen bei den schätzungsweise rund 1,5 Millionen muslimischen Wahlberechtigten – die Mehrheit von ihnen hat Wurzeln in der Türkei – verfangen, lässt sich schwerlich sagen. Wie überhaupt vieles Spekulation ist, was diese Wählergruppe umtreibt.

Über einen Kamm scheren sollte man sie nicht; valide Untersuchungen sind Mangelware, wie der Wahlforscher Andreas Wüst, External Fellow am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, unlängst betonte. Umso interessanter sind da die von der Deutschen Muslim Liga zusammen mit der „Islamischen Zeitung“ und dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) veröffentlichten Wahlprüfsteine. Der aus 30 Fragen bestehende Katalog erlaubt einen Einblick in die Themen, die zumindest Teile der Community umtreiben. In den Antworten der großen Parteien wiederum deuten sich jene Debatten an, die auch in der kommenden Legislaturperiode eine Rolle in der politischen Debatte spielen könnten. Neben den im Bundestag vertretenen Parteien – CDU, CSU, SPD, Linke und Grüne – äußerte sich auch die FDP. „Einzige Partei, die drei Wochen lang trotz mehrfacher Nachfrage per E-Mail und Telefon nicht reagierte, war die AfD“, so der Zentralrat.

Im vergangenen Jahr war es zu einem vielbeachteten Treffen zwischen dem Verband und der islamkritischen Partei gekommen. Das Gespräch wurde seinerzeit nach einer Stunde „ohne Annäherung“ abgebrochen. Im April warnte der ZMD-Vorsitzende Aiman Mazyek vor einer Radikalisierung bei der AfD. Die Partei sei auf dem Weg, „die NPD kom-

plett aufzusaugen“. Die Angst vor Fremden- und Islamfeindlichkeit bestimmt auch einen Teil des Fragenkatalogs. Es findet sich darin Kritik an der juristischen Aufarbeitung der NSU-Mordserie und an einem mangelnden Schutz von Moscheen vor Angriffen. Darüber hinaus verraten manche Formulierungen einiges über die Befindlichkeit der Fragesteller: „Wie kann es der Politik beim Themenkomplex Islam und Muslime gelingen, der vorurteilsbehafteten öffentlichen Mehrheitsmeinung und einschlägiger reißerischer Medienberichterstattung einen rationalen Kontrapunkt entgegen zu setzen?“

Das Themenspektrum der Wahlprüfsteine reicht von der Kopftuch-Debatte bis zum Krieg im Jemen. Die Antworten der Parteien lassen, wie in Wahlkampfzeiten üblich, Spielräume für Interpretationen. Die Union setzt auf den Fortgang der Deutschen Islamkonferenz. „Wir erwarten greifbare Erfolge und werden die Dialogpartner dazu verpflichten.“ Die SPD lehnt – ohne auf die laufenden Diskussionen um Burka und Nikab, den Ganzkörperschleier, einzugehen – ein Verbot des Tragens religiöser Symbole für Schülerinnen ab. Die Linke verlangt die staatliche Anerkennung von jüdischen und muslimischen Feiertagen. Bei der Diskussion um die Erlaubnis des bei Muslimen und Juden praktizierten rituellen Schlachtens sehen die befragten Parteien keinen weiteren Regelungsbedarf. Bei der Beschneidung von Jungen heißt es bei den Grünen, hierbei handle es sich um eine „sensible Abwägung von Grundrechten“. Sollte das Thema erneut auf die Agenda des Bundestags kommen, hätten die Abgeordneten ohne Fraktionszwang zu entscheiden. Die FDP wünscht sich eine bessere Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus und außerdem einen grundlegenden Wandel in der islamischen Verbändelandschaft: weniger landsmannschaftlich organisiert und nicht, wie im Falle der deutsch-türkischen Ditib, aus dem Ausland finanziert. ●

Erzbischof Feofan (Oleg Ivanovitsch Galinskij), Vorsteher der Berliner Diözese des Moskauer Patriarchats der russisch-orthodoxen Kirche, ist am 11. September nach langer Krankheit im Alter von 63 Jahren gestorben. Seit 1991 war er Bischof in Berlin, zunächst für die damalige Diözese von „Berlin und Leipzig“, seit Dezember 1992 nach deren Vereinigung mit den beiden anderen russischen Bistümern von „Berlin und Deutschland“. 1996 wurde er zum Erzbischof ernannt. Er war der bisher am längsten amtierende Vorsteher der Berliner russischen Diözese. Am 8. Juli 1954 in der ukrainischen Stadt Belaja Cerkiv unweit von Kiew geboren, studierte Galinskij zuerst am Chemie-Institut von Dnipropetrovsk, dann am Leningrader Geistlichen Seminar und an der dortigen Theologischen Akademie. 1976 wurde er zum Mönch mit dem Namen Feofan geweiht, ein Jahr später empfing er

die Weihe zum Mönchspriester vom damaligen Bischof von Vyborg und heutigen Patriarchen Kyrill. 1980 wurde er zum Sekretär des Rates der Leningrader Geistlichen Akademie gewählt und auf den Lehrstuhl für Liturgik berufen. 1986 wurde Feofan zum stellvertretenden Außenamtsleiter ernannt und 1987 zum Bischof von Kaschira, Vikarbischof der Moskauer Diözese. Ab 1988 wirkte er vor allem in der damaligen Tschechoslowakei. Die Amtszeit Feofans in Deutschland war geprägt durch große Veränderungen und eine starke Zuwanderung aus den Ländern der früheren Sowjetunion. Dem Erzbischof stellte sich die Aufgabe der Gründung neuer Kirchengemeinden, der Vorbereitung des Klerus und der Intensivierung des Gemeindelebens. Das Berliner Bistum umfasst heute mehr als 100 Gemeinden in ganz Deutschland und ein Männerkloster in Götschendorf in der Uckermark. ●

DIE WICHTIGSTE PUBLIKATION ZUR ÖKUMENE IN DEUTSCHLAND

Nachrichten und Hintergründe aus der Christlichen Ökumene

Alles zum aktuellen Dialog der Religionen

Interviews, Dokumentationen, Personalien, herausragende theologische Äußerungen

Akademie- und Kongressberichte Buchvorstellungen

Auch als E-Paper erhältlich

Jede Woche neu

Weitere Infos auf www.kna.de
Tel.: 0228 – 26000-252
E-Mail: vertrieb@kna.de

4. April 2017

ÖKUMENISCHE INFORMATION

Nachrichten und Hintergründe aus der Christlichen Ökumene und dem Dialog der Religionen

„Laboratorium der Ökumene“

Bedford-Strohm: Papst lässt Ende der Spaltung er

Seite 3

ACK-Kirchen würdigen Erklärung zur wechselseitigen Taufanerkennung

Seite 5

„Nicht nur Martin Luther“

Engels zum Beitrag der Reformierten im Gedankjahr

Seite 9

Erdogan droht „Kreuzrittern“

Vor dem Referendum werden alte Feindbilder reaktiviert

Seite 11

Gemeinsam für Gleichstellung

UN-Kommission: Positive Rolle religiöser Gruppen

Seite 16

NUR FÜR KURZE ZEIT:
Einmaliges Angebot zum Reformationsjahr 2017

GRATIS-AUSGABE oder **SCHNUPPERABO**

6 Ausgaben zum Preis von 4.
Einmalig knapp 16,- € sparen.

oder **JAHRESABO zum Vorzugspreis.**

Jährlich über 84,- € sparen.
(48 Ausgaben im Jahr für
mtl. 24,90€ statt 31,91€)

Zwischen Jerusalem und Rom

Nachdenken über 50 Jahre *Nostra aetate*^[1]

Am 31. August empfing Papst Franziskus Vertreter der Conference of European Rabbis (CER), der Orthodoxen Rabbinerkonferenz Deutschland (ORD), des Rabbinical Council of America (RCA) und des israelischen Oberrabbinats. Die orthodoxen Rabbiner überreichten dem Papst die Erklärung „Zwischen Jerusalem und Rom“, die als erste offizielle Erklärung rabbinischer Organisationen zu den jüdisch-christlichen Beziehungen Stellung nimmt. KNA-ÖKI dokumentiert den Text in einer eigenen Übersetzung.

Einleitung

In der biblischen Schöpfungsgeschichte formt Gott einen einzelnen Menschen als den Stammvater der ganzen Menschheit. So ist es die unverwechselbare Botschaft der Bibel, dass alle Menschen Mitglieder einer einzigen Familie sind. Und nach der Sintflut von Noach wird diese Botschaft bekräftigt, indem die neue Phase der Geschichte wieder von einer einzigen Familie eröffnet wird. Am Anfang erstreckt sich Gottes Vorsehung auf eine universale, undifferenzierte Menschheit.

Als Gott Abraham und dann Isaak und Jakob erwählte, vertraute er ihnen eine doppelte Mission an: die Nation Israel zu gründen, die im heiligen, verheißenen Land Israel eine modellhafte Gesellschaft erben, niederlassen und schaffen würde, während sie als Quelle des Lichts für die ganze Menschheit dienen würde.

Seitdem, besonders nach der Zerstörung des Zweiten Tempels in Jerusalem im Jahr 70 u.Z. durch die Römer, sind wir Juden auf Verfolgung nach dem Exil nach der Verfolgung gestoßen. Und dennoch, „der Ewige Israels lügt nicht“^[2], und Sein ewiger Bund mit der Nation Israels hat sich immer wie-

der offenbart: Trotz der größten Unglücke dauert unsere Nation fort^[3]. Nach der dunkelsten Stunde seit der Zerstörung unseres heiligen Tempels in Jerusalem, als sechs Millionen unserer Brüder bösartig ermordet wurden und der Rauch von der glimmenden Asche ihrer Knochen im Schatten der Krematorien der Nazis aufstieg, erwies sich Gottes ewiger Bund erneut, als der Rest Israels seine Kräfte versammelte und ein wunderbares Wiedererwachen des jüdischen Bewusstseins erwirkte. Gemeinschaften wurden überall in der Diaspora wiederaufgebaut, und viele Juden antworteten auf den Fanfarenstoß, zu *Eretz Yisrael* zurückzukehren, wo ein souveräner jüdischer Staat entstanden ist.

Die doppelte Verpflichtung des jüdischen Volkes zu erfüllen – ein „Licht für die Völker“^[4] zu sein und die eigene Zukunft entgegen dem Hass und der Gewalt der Welt zu gewährleisten – war überwältigend schwer. Trotz unzähliger Hindernisse hat die jüdische Nation der Menschheit viel Segen hinterlassen, sowohl in den Bereichen der Wissenschaften, Kultur, Philosophie, Literatur, Technologie und Handel als auch in den Bereichen von Glauben, Spiritualität, Ethik und Moral. Das ist ebenfalls eine Manifestation des ewigen Bunds Gottes mit den Juden.

Zweifellos markiert die Schoa den historischen Tiefpunkt der Beziehungen zwischen Juden und unseren nichtjüdischen Nachbarn in Europa. Aus dem Kontinent, der durch das Christentum mehr als ein Jahrtausend genährt wurde, spross ein bitterer und schlechter Trieb hervor, der sechs Millionen unserer Brüder mit industrieller Präzision ermordete, einschließlich eineinhalb Millionen Kinder. Viele von denjenigen, die an diesem abscheulichsten Verbrechen teilgenommen haben und komplette Familien und Gemeinschaften ausrotteten, waren in christlichen Familien und Gemeinschaften erzogen worden.^[5]

Zugleich erhoben sich im Laufe dieses Jahrtausends, selbst in sehr dunklen Zeiten, heroische Personen – Söhne und Töchter der katholischen Kirche, sowohl Laien als auch Amtsträger –, die gegen die Verfolgung von Juden gekämpft und ihnen in den dunkelsten Zeiten geholfen haben.[6]

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann ein neues Zeitalter der friedlichen Koexistenz und Akzeptanz in den westeuropäischen Ländern aufzuziehen, und ein Zeitalter des Brückenbaus und der Toleranz setzte sich in vielen christlichen Denominationen durch. Glaubensgemeinschaften bewerteten ihre historischen Verwerfungen anderer neu, und es begannen Jahrzehnte der fruchtbaren Beziehungen und Zusammenarbeit.

Außerdem waren wir Juden, obwohl wir ein oder zwei Jahrhunderte vorher die politische Emanzipation erreicht hatten, noch nicht aufrichtig als gleiche, vollwertige Mitglieder der Nationen, in denen wir lebten, akzeptiert. Im Anschluss an die Schoa ist die jüdische Emanzipation in der Diaspora ebenso wie das Recht des jüdischen Volkes, als souveräne Nation in unserem eigenen Land zu leben, schließlich offensichtlich und natürlich geworden. Während der folgenden sieben Jahrzehnte haben jüdische Gemeinschaften und geistige Führer allmählich die Beziehung des Judentums zu den Mitgliedern und Führern anderer Glaubensgemeinschaften neu eingeschätzt.

Eine Kehrtwende – *Nostra aetate*

Vor 50 Jahren, 20 Jahre nach der Schoa, begann die katholische Kirche mit ihrer Erklärung *Nostra aetate* (Nr. 4)[7] einen Prozess der Selbstprüfung, der zunehmend dazu führte, dass die kirchliche Lehre von jeder Feindseligkeit gegenüber Juden bereinigt wurde, wodurch Vertrauen und Zuversicht zwischen unseren jeweiligen Glaubensgemeinschaften wachsen konnten.

In dieser Hinsicht war Papst Johannes XXIII. eine Gestalt des Wandels in den jüdisch-katholischen Beziehungen und nicht weniger in der Geschichte

der Kirche selbst. Er spielte eine mutige Rolle bei der Rettung von Juden während des Holocaust, und seine Einsicht in die Notwendigkeit, die „Lehre der Verachtung“ zu revidieren, trug dazu bei, den Widerstand gegen Veränderungen zu überwinden und schließlich die Annahme von *Nostra aetate* (Nr. 4) zu ermöglichen.

Nach unserem Verständnis erkennt *Nostra aetate* in höchst konzentrierter, konkreter und für die Kirche dramatischer[8] Form an, dass kein Jude, der nicht direkt und persönlich an der Kreuzigung beteiligt war, eine Verantwortung dafür trägt.[9] Besonders beachtenswert sind die Weiterentwicklungen und Erklärungen zu diesem Thema von Papst Benedikt XVI.[10]

Außerdem verstehen wir, dass *Nostra aetate* auf der Basis der christlichen Heiligen Schriften versichert, dass die göttliche Erwählung Israels, die es als „Gnadengabe Gottes“ bezeichnet, nicht widerrufen wird, indem es feststellt: „Gott ... bereut nicht die Gnadengaben, die Er macht oder die Berufungen, die Er ausspricht“. Es schreibt vor, dass „die Juden nicht als von Gott verworfen oder verflucht dargestellt werden“ dürfen. Später, 2013, hat Papst Franziskus in seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii gaudium* zu diesem Thema ausgeführt: „Gott wirkt weiterhin im Volk des Alten Bundes und lässt einen Weisheitsschatz entstehen, der aus der Begegnung mit dem göttlichen Wort entspringt“.[11]

Nach unserer Auffassung hat *Nostra aetate* auch den Weg dafür bereitet, dass der Vatikan 1993 volle diplomatische Beziehungen mit dem Staat Israel aufgenommen hat. Mit der Aufnahme dieser Beziehungen hat die katholische Kirche gezeigt, dass sie ihre Darstellung des Jüdischen Volks als einer Nation, die bis zum Jüngsten Tag zum Umherwandern verdammt ist, wahrhaftig zurückgenommen hat. Dieser historische Moment hat Papst Johannes Paul II. seine Pilgerfahrt nach Israel im Jahr 2000 ermöglicht, die eine weitere starke Demonstration eines neuen Zeitalters in den katholisch-jüdischen Beziehungen darstellte. Seither haben auch die beiden letzten Päpste ähnliche Staatsbesuche gemacht.

Nostra aetate verwirft in scharfer Form als Angelegenheit religiöser Verpflichtung „alle Hassausbrüche, Verfolgungen und Manifestationen des Antisemitismus, die sich zu irgendeiner Zeit und von irgend jemandem gegen die Juden gerichtet haben“. Entsprechend hat Papst Johannes Paul II. wiederholt versichert, dass Antisemitismus „eine Sünde gegen Gott und die Menschheit“ ist. An der Klagemauer in Jerusalem hat er das folgende Gebet rezitiert: „Gott unserer Väter, du hast Abraham und seine Nachkommen auserwählt, deinen Namen zu den Völkern zu tragen. Wir sind zutiefst betrübt über das Verhalten aller, die im Laufe der Geschichte deine Söhne und Töchter leiden ließen. Wir bitten um Verzeihung und wollen uns dafür einsetzen, dass echte Brüderlichkeit herrsche mit dem Volk des Bundes.“

Papst Franziskus hat kürzlich eine neue, allgegenwärtige und sogar in Mode gekommene Form des Antisemitismus anerkannt, als er einer Delegation des Jüdischen Weltkongresses sagte: „Juden anzugreifen, ist Antisemitismus, aber ein offener Angriff auf den Staat Israel ist ebenfalls Antisemitismus. Es kann politische Unstimmigkeiten zwischen Regierungen und über politische Problemen geben, aber der Staat Israel hat jedes Recht, in Sicherheit und Wohlstand zu existieren.“[12]

Schließlich hat *Nostra aetate* zur Förderung des „gegenseitigen Verständnisses und Respekts“ aufgerufen sowie dazu, „brüderliche Dialoge“ zu führen. 1974 hat Papst Paul VI. diesen Anruf aufgenommen, indem er die Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden errichtet hat; die jüdische Gemeinschaft hat sich, als Antwort auf diesen Anruf, regelmäßig mit Kirchvertretern getroffen.

Wir zollen der Arbeit der Päpste, Kirchenleiter und Gelehrten Beifall, die leidenschaftlich zu diesen Entwicklungen beigetragen haben, darunter den entschlossenen Befürwortern des katholisch-jüdischen Dialogs am Ende des Zweiten Weltkrieges, deren gemeinsame Arbeit ein maßgeblicher Antrieb zu *Nostra aetate* war. Die wichtigsten Meilensteine waren das Zweite Vatikanische Kon-

zil, die Gründung der Päpstlichen Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden, die Anerkennung des Judentums als lebendiger Religion mit einem ewigen Bund, die Anerkennung der Schoa und ihrer Vorläufer sowie die Schaffung diplomatischer Beziehungen mit dem Staat Israel. Die theologischen Schriften der Präsidenten der Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden haben viel zu den kirchlichen Dokumenten beigetragen, die *Nostra aetate* folgten, wie es auch die Schriften zahlreicher anderer Theologen taten.

In ihren jüngsten Reflexionen über *Nostra aetate*, „Denn unwiderruflich sind Gnade und Berufung, die Gott gewährt“, hat die Päpstliche Kommission eindeutig den Begriff gutgeheißen, dass Juden Anteil an Gottes Heil haben und dies als „abgrundtiefes Geheimnis Gottes“[13] bezeichnet. Ferner bekräftigt sie, „dass die Katholische Kirche keine spezifische institutionelle Missionsarbeit, die auf Juden gerichtet ist, kennt und unterstützt“.[14] Obwohl die katholische Kirche nicht vom Glaubenszeugnis gegenüber Juden abgerückt ist, erkennen wir an, dass sie dennoch Verständnis und Sensibilität gegenüber den tiefen jüdischen Empfindlichkeiten gezeigt und sich von der aktiven Judenmission distanziert hat.

Der offensichtliche Einstellungswandel der Kirche gegenüber der jüdischen Gemeinschaft wurde eindringlich durch den jüngsten Besuch von Papst Franziskus in einer Synagoge veranschaulicht, der als dritter Papst diese höchst bedeutende Geste machte. Wir erwidern seine Worte: „Von Feinden und Fremden sind wir zu Freunden und Brüdern geworden. Ich hoffe, dass Nähe, gegenseitiges Verständnis und Respekt zwischen unseren beiden Gemeinschaften kontinuierlich wachsen.“

Diese einladenden Einstellungen und Handlungen stehen in starkem Kontrast zu den Jahrhunderten der Lehre der Verachtung und der allgegenwärtigen Feindseligkeit, und sie verkünden ein höchst ermutigendes Kapitel in einem langen Prozess der gesellschaftlichen Transformation.

Bewertung und Neubewertung

Am Anfang waren viele führende jüdische Persönlichkeiten[15] skeptisch im Blick auf die Aufrichtigkeit der Öffnung der Kirche gegenüber der jüdischen Gemeinschaft aufgrund der langen Geschichte des christlichen Antijudaismus'. Mit der Zeit ist deutlich geworden, dass die Wandel in den Einstellungen und Lehren der Kirche nicht nur aufrichtig, sondern auch immer tiefgründiger sind und dass wir in ein Zeitalter der wachsenden Toleranz, gegenseitigen Rücksicht und Solidarität zwischen Mitgliedern unserer jeweiligen Religionen eintreten.

Das orthodoxe Judentum – vertreten durch die *American Orthodox Union* und das *Rabbinical Council of America* – war bereits Teil des *International Jewish Committee for Interreligious Consultations* (IJCIC), das Ende der 60er Jahre als offizielle Vertretung der Juden in den Beziehungen mit dem Vatikan etabliert wurde. Eine neue Seite in den Beziehungen zwischen dem orthodoxen Judentum und der katholischen Kirche wurde mit der Errichtung des bilateralen Ausschusses des Israelischen Oberrabbinats und des Vatikan aufgeschlagen, das 2002 unter dem Vorsitz des Oberrabbiners von Haifa, Rabbi She'ar Yashuv Cohen, seine Arbeit begann. Die veröffentlichten Erklärungen der 13 Sitzungen dieser bilateralen Kommission (jährlich zwischen Rom und Jerusalem abwechselnd), vermeiden sorgfältig Themen, die die Grundlagen des Glaubens betreffen, aber nehmen eher ein breites Spektrum von zeitgenössischen sozialen und wissenschaftlichen Herausforderungen in den Blick, wobei sie von beiden Seiten geteilte Werte hervorheben und zugleich die Unterschiede zwischen den zwei Glaubensstraditionen respektieren.

Wir räumen ein, dass diese Brüderlichkeit unsere lehrmäßigen Unterschiede nicht beseitigen kann; vielmehr verstärkt sie die echten gegenseitigen positiven Einstellungen zu grundlegenden Werten, die wir teilen, einschließlich – aber nicht darauf beschränkt – des Bezugs auf die Hebräische Bibel[16].

Die theologischen Unterschiede zwischen Judentum und Christentum sind tief. Die Grundüberzeu-

gungen des Christentums, die sich auf die Person von „Jesus als dem Messias“ und die Inkarnation der „zweiten Person eines dreieinigen Gottes“ konzentrieren, schaffen eine nicht zu überbrückende Trennung vom Judentum. Die Geschichte des jüdischen Martyriums im Christlichen Europa dient als tragisches Zeugnis der Hingabe und Beharrlichkeit, mit der Juden Glaubenslehren widerstanden haben, die mit ihrem alten und ewigen Glauben unvereinbar waren, welcher absolute Treue sowohl zur Schriftlichen als auch zur Mündlichen Tora verlangt. Trotz dieser tiefen Unterschiede haben einige der höchsten Autoritäten des Judentums erklärt, dass den Christen ein besonderer Status gebührt, da sie den Schöpfer des Himmels und der Erde anbeten, der das Volk Israel aus ägyptischer Knechtschaft befreite und dessen Vorsehung der gesamten Schöpfung gilt.[17]

Die Lehrunterschiede sind von wesentlicher Natur und können nicht zur Diskussion gestellt oder verhandelt werden; ihre Bedeutung und Wichtigkeit sind Gegenstand der internen Überlegungen der jeweiligen Glaubensgemeinschaften. Das Judentum, das seine Besonderheit von seiner empfangenen Tradition ableitet, die bis zu den Tagen seiner ruhmreichen Propheten und besonders zur Offenbarung am Sinai zurückgeht, wird immer treu gegenüber seinen Grundsätzen, Gesetzen und ewigen Lehren bleiben. Außerdem werden unsere interreligiösen Gespräche durch die tiefen Einsichten solcher großen jüdischen Denker wie Rabbi Joseph Ber Soloveitchik[18], Rabbi Herr Immanuel Jakobovits[19] und vieler anderer geprägt, die beredt ausgeführt haben, dass die religiöse Erfahrung eine private ist, die häufig nur im Rahmen der eigenen Glaubensgemeinschaft wirklich verstanden werden kann.

Dennoch können und sollen Unterschiede in der Glaubenslehre nicht unserer friedlichen Zusammenarbeit bei der Verbesserung unserer gemeinsamen Welt und dem Leben der Kinder Noahs im Weg stehen.[20] Um dieses Ziel zu fördern, kommt es darauf an, dass unsere Glaubensgemeinschaften sich weiterhin begegnen und zunehmend miteinander bekannt machen und gegenseitiges Vertrauen schaffen.

Deshalb erklären wir:

Trotz der unversöhnlichen theologischen Unterschiede sehen wir Juden Katholiken als unsere Partner, enge Verbündete, Freunde und Brüder in unserem gemeinsamen Streben nach einer besseren Welt, die mit Frieden, sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit gesegnet ist.

Wir verstehen unsere Mission, ein „Licht für die Völker“ zu sein, als einen Beitrag zur Anerkennung der Heiligkeit, Moral und Frömmigkeit durch die Menschheit. In dem Maße, wie die westliche Welt immer säkularer wird, gibt sie viele moralische Werte auf, die Juden und Christen miteinander teilen. Die Religionsfreiheit wird dadurch zunehmend von den Kräften des Säkularismus und des religiösen Extremismus bedroht. Wir suchen daher die Partnerschaft der katholischen Gemeinschaft im Besonderen und anderer Glaubensgemeinschaften im Allgemeinen, um die Zukunft der Religionsfreiheit zu gewährleisten, die moralischen Prinzipien unseres Glaubens zu fördern, insbesondere die Heiligkeit des Lebens und die Bedeutung der traditionellen Familie sowie „das moralische und religiöse Gewissen der Gesellschaft zu pflegen“. Eine der Lehren aus der Schoa ist für Juden wie für Nichtjuden die Verpflichtung, besonders den Antisemitismus zu bekämpfen, vor allem angesichts eines wieder wachsenden Antisemitismus. Diese Lehren müssen sowohl in der Pädagogik als auch in der Gesetzgebung aller Nationen ohne Kompromiss gezogen werden.

Als ein Volk, das unter Verfolgung und Völkermord im Laufe unserer Geschichte gelitten hat, sind wir uns alle nur allzu sehr der realen Gefahr bewusst, der viele Christen im Nahen Osten und anderswo ausgesetzt sind, die verfolgt und durch die Gewalt und den Tod durch die Hände jener bedroht werden, die den Namen Gottes vergeblich durch Gewalt und Terror anrufen.

Wir verurteilen hiermit jede Form von Gewalt gegen irgendeine Person wegen ihres Glaubens oder ihrer Religion. In gleicher Weise verurteilen wir alle Akte des Vandalismus, der mutwilligen Zer-

störung und/oder Entweihung heiliger Stätten aller Religionen.

Wir fordern die Kirche auf, gemeinsam mit uns den Kampf gegen die neue Barbarei zu vertiefen, namentlich gegen die radikalen Ableger des Islams, die unsere globale Gesellschaft gefährden und die sehr große Zahl gemäßigter Muslime nicht verschonen. Dies bedroht den Frieden in der Welt im Allgemeinen und die christlichen und jüdischen Gemeinschaften im Besonderen. Wir rufen alle Menschen guten Willens auf, sich denjenigen anzuschließen, die dieses Übel bekämpfen.

Trotz tief greifender theologischer Unterschiede teilen Katholiken und Juden den Glauben an den göttlichen Ursprung der Tora und an eine endgültige Erlösung und nun auch an die Beteuerung, dass Religionen moralisches Verhalten und religiöse Erziehung einsetzen müssen, um Einfluss auszuüben und Inspiration zu geben, nicht Krieg, Zwang oder sozialen Druck.

Normalerweise verzichten wir darauf, Erwartungen im Blick auf andere Glaubensgemeinschaften auszudrücken. Aber bestimmte Arten von Lehren verursachen wirkliches Leiden; jene christlichen Lehren, Rituale und Unterweisungen, die negative Haltungen gegenüber Juden und Judentum zum Ausdruck bringen, inspirieren und den Antisemitismus nähren. Deshalb und um die als Resultat von *Nostra aetate* gepflegten freundschaftlichen Beziehungen und Gemeinsamkeiten zwischen Katholiken und Juden zu erweitern, rufen wir alle christlichen Konfessionen auf, die es noch nicht getan haben, dem Beispiel der katholischen Kirche zu folgen und den Antisemitismus aus ihrer Liturgie und ihren Lehren zu entfernen, die aktive Mission gegenüber Juden zu beenden und für eine bessere Welt Hand in Hand mit uns, dem jüdischen Volk, zu arbeiten.

Wir wollen unseren Dialog und unsere Partnerschaft mit der Kirche vertiefen, um unser gegenseitiges Verstehen zu fördern und die Ziele voranzubringen, die oben ausgeführt wurden. Wir bemühen uns, zusätzliche Wege zu finden, die es

uns ermöglichen, gemeinsam die Welt zu verbessern: Um auf Gottes Wegen zu gehen, gebt den Hungerigen zu essen und bekleidet die Nackten, spendet Freude den Witwen und Waisen, gebt den

Verfolgten und Unterdrückten Zuflucht und verdient so Seinen Segen. ●

Am 9. Elul 5777 (31. August 2017)

Für den CER:

Rabbi Pinchas Goldschmidt, CER-Präsident
Rabbi Dr Riccardo Di Segni, CER-Vizepräsident
Rabbi Arie Folger, Vorsitzender des Ausschusses für die Antwort auf *Nostra aetate*

Rabbi Mark Dratch, RCA-Exekutiv-Vizepräsident
Rabbi Dr David Berger, Senior Advisor für interreligiöse Angelegenheiten

Für den RCA:

Rabbi Elazar Muskin, RCA-Präsident

Für das Oberrabbinat von Israel:

Rabbi Dr Rasson Arussi, Vorsitzender der Kommission für interreligiöse Angelegenheiten des Oberrabbinats von Israel

Anmerkungen

[1] Die folgenden Personen haben die drei Organisationen, die Unterzeichner dieses Dokuments sind, in den Ausschüssen vertreten, die das Dokument ausgearbeitet haben: Für die Conference of European Rabbis: Rabbiner Pinchas Goldschmidt (CER-Präsident), Arie Folger (Vorsitzender des Ausschusses), Yaakov Bleich, Riccardo Di Segni, Bruno Fiszon, Jonathan Gutentag, René Gutman, Moché Lewin, Aryeh Rabbag und Yihyeh Teboul. Für den Rabbinical Council of America: Rabbiner Shalom Baum (RCA-Präsident), Mark Dratch (RCA-Exekutiv-Vizepräsident), Yitzchok Adlerstein, David Berger und Barry Kornblau. Für das Oberrabbinat Israels: Rabbiner David Rosen und Herr Oded Wiener.

[2] 1 Samuel 15,29.

[3] Vgl. Genesis 17,7 und 17,19, Leviticus 26,42-45, Deuteronomium 20,3-5 usw.

[4] Jesaja 49,6.

[5] Papst Johannes Paul II. hat geschrieben: „Zu Recht nimmt sich daher die Kirche, während sich das zweite christliche Jahrtausend seinem Ende zuneigt, mit stärkerer Bewusstheit der Schuld ihrer Söhne und Töchter an ...“ (Papst Johannes Paul II., Apostolisches Schreiben Tertio millennio adveniente, 10. November 1994, 33: Acta Apostolicae Sedis 87 [1995], 25). Die Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden hat geschrieben: „Die Tatsache, dass die Schoa in Europa stattfand, das heißt in Ländern mit einer langen christlichen Kultur, wirft die Frage nach der Beziehung zwischen der Verfolgung durch die Nationalsozialisten und der Haltung der Christen gegenüber den Juden in allen Jahrhunderten auf.“ (Wir erinnern: Eine Reflexion über die Schoa, 16. März 1998).

[6] Zwei Beispiele unter vielen solcher Helden der Geschichte sind der Abt Bernhard von Clairvaux während der Kreuzzüge und Kardinal Jules-Géraud Saliège von Toulouse während des Zweiten Weltkriegs. Als während der Kreuzzüge ein Zisterziensermönch die Deutschen aufrief, vor dem Krieg gegen die Muslime Juden zu vernichten, machte sich Abt Bernhard von Clairvaux persönlich auf, um dem ein Ende zu bereiten. Wie Rabbi Efraim von Bonn schrieb: „Ein ehrbarer Priester namens Bernhard, eine große Persönlichkeit und ein Meister aller Priester, die ihre Religion kannten und verstanden, hat ihnen gesagt: ‚Mein Schüler, der gepredigt hat, die Juden sollten vernichtet werden, hat ungebührlich gesprochen, denn es steht für sie im Buch der Psalmen geschrieben: Töte sie

nicht, damit mein Volk nicht vergisst.‘ Alle Menschen betrachteten diesen Priester als einen ihrer Heiligen, und unsere Nachforschung ergab nicht, dass er Bestechungsgelder genommen hätte, um gut über Israel zu sprechen. Als sie das hörten, beendeten viele ihre Bemühungen, die über uns den Tod brachten.“ (Sefer Zekhirah, Hrsg. von A. M. Haberman, S. 18). Jules-Géraud Saliège (24. Februar 1870 bis 5. November 1956) war von 1928 bis zu seinem Tod katholischer Erzbischof von Toulouse, und er war eine wichtige Persönlichkeit im katholischen Widerstand gegen das Nazifreundliche Regime in Frankreich. 1946 wurde er von Papst Pius XII. zum Kardinal erhoben. Yad Vashem hat ihn für seine Verdienste, Juden während der Schoa zu schützen, als Gerechten unter den Völkern anerkannt.

[7] Das Hauptthema dieses Teils ist der vierte Abschnitt von *Nostra aetate*, der sich besonders mit dem Verhältnis der katholischen Kirche zu den Juden befasst. Um der besseren Lesbarkeit willen wird im Folgenden einfach auf *Nostra Aetate* verwiesen, jedoch ist es in unserem ganzen Dokument besonders der Artikel 4, auf den wir uns beziehen.

[8] Die Aussage von *Nostra aetate* hat ihre Wurzeln in früheren Lehraussagen der Kirche wie dem Katechismus des Konzils von Trient von 1566. Im 4. Glaubensartikel dieses Dokuments unter dem Titel „Vom Glaubensbekenntnis“ wird die den Juden zugeschriebene Schuld relativiert durch die Aussage, dass die Sündhaftigkeit der Christen noch mehr zur Kreuzigung beigetragen hat. Dennoch setzten sich die Vorwürfe des „Gottesmords“ gegen die Juden über mehrere Jahrhunderte fort. Wenn die Anschuldigungen im Laufe der Zeit gedämpfter wurden, lag dies wahrscheinlich an der Aufklärung, während der der Judenhass einen Teil seines religiösen Charakters in Europa verlor. Andererseits kam *Nostra Aetate* einem westlichen Wunsch, die Arten des intensiven Judenhasses, der zur Schoa beigetragen hat, zu verleugnen, auf die Spur, und dies war nicht weniger als revolutionär, um in dieser Hinsicht eine sinnvolle Veränderung in der katholischen Kirche herbeizuführen.

[9] Wie groß die Rolle ist, die Juden des ersten Jahrhunderts bei der Kreuzigung Jesu spielten, ist selbst Gegenstand wissenschaftlicher Kontroversen, aber im Blick auf die christliche Lehre erkennen wir an, dass die Freisprechung aller anderen Juden von jeder Verantwortung für die Kreuzigung ein äußerst bedeutender Schritt für die Kirche ist.

[10] In seinem Buch *Jesus von Nazareth. Vom Einzug in Jerusalem bis zur Auferstehung*, 2011.

[11] Papst Franziskus, *Evangelii gaudium*, Vatikan 2013, §247, §249

[12] <http://www.worldjewishcongress.org/en/news/pope-francis-to-make-first-official-visit-to-rome> und <http://edition.cnn.com/2015/10/28/world/pope-jews/>.

[13] „Denn unwiderruflich sind Gnade und Berufung, die Gott gewährt“, Päpstliche Kommission für die religiösen Beziehungen mit den Juden, 2015, §36-§39.

[14] Ebd. §40

[15] Siehe zum Beispiel Rabbi Moshe Feinstein, *Responsa Iggerot Moshhe, Yoreh De'ah Vol. 3, §43*, sowie der französische Oberrabbiner Jacob Kaplan in seinen Bemerkungen, die in *Droit et liberté*, Dezember 1964, und in *Hamodia*, 16. September 1965, zitiert sind. Jeder identifizierte Bereiche, wo Skepsis berechtigt war.

[16] Kommentar zum Hohenlied (Nachmanides zugeschrieben), in *Kitve ha-Ramban*, hg. von Chavel, Band II, S. 502-503; *Ralbag, Milhamot*, hg. Leipzig, S. 356 und Kommentar zur Tora, hg. Venedig, S.2.

[17] *Tosafot Sanhedrin 63b*, siehe *Asur*; *Rabbenu Yeruham ben Meshullam, Toledot Adam ve-Havvah*, 17,5; *R. Moses Isserles zu Schulchan Aruch, Orah Hayyim 156,2*; *R. Moses Rivkis, Be'er ha-Golah zu Schulchan Aruch*

Hoshen Mishpat 226,1 & 425,5; *R. Samson Raphael Hirsch, Erziehungsprinzipien*, „*Talmudic Judaism and Society*“, S. 225-227.

[18] Vor allem in seinem Aufsatz „*Confrontation*“, in: *Tradition: A Journal of Orthodox Thought*, 6, 2 (1964).

[19] Siehe z. B.: „*The Timely and the Timeless*“, London 1977, S. 119-121.

[20] Die Presseerklärung, die zum vierten bilateralen Treffen zwischen dem Oberrabbinat Israels und dem Heiligen Stuhl in Grottaferrata (Rom, 17.-19. Oktober 2004) herausgegeben wurde, ist in dieser Hinsicht besonders bemerkenswert. Darin heißt es: „Im Bewusstsein der Tatsache, dass es in unseren jeweiligen Gemeinschaften nicht genügend Bewusstsein für die bedeutsame Veränderung gibt, die in der Beziehung zwischen Katholiken und Juden stattgefunden hat, und angesichts der Arbeit unseres eigenen Ausschusses und unserer gegenwärtigen Diskussionen über eine gemeinsame Vision für eine gerechte und ethische Gesellschaft erklären wir: Wir sind nicht Feinde, sondern eindeutige Partner, um die wesentlichen moralischen Werte für das Überleben und das Wohlergehen der menschlichen Gesellschaft zu artikulieren.“

„Krieg ist niemals heilig“

Appell des Weltfriedenstreffens von Münster

Wir sind Frauen und Männer verschiedener Religionen und haben uns nach intensiven Tagen der Begegnung und Freundschaft hier versammelt, um alle auf das Bedürfnis hinzuweisen, neue „Wege des Friedens“ einzuschlagen. Die Welt braucht sie wie das Brot, damit sie nicht in der Vergangenheit und in Angst gefangen bleibt. Ganze Völker sehnen sich nach Frieden, Völker, die durch endlose Konflikte verarmt und geknechtet sind. Den Frieden erbitten die Opfer der Gewalt und eines erbarmungslosen Terrorismus. Um ihn flehen Flüchtlinge und Vertriebene, die aufgrund von Konflikten und Naturkatastrophen ihre Heimat verlassen haben.

Wir, die wir hier sind, verkünden den Frieden vor aller Augen, in einer Region, die es in der Vergangenheit verstanden, Religionen zu versöhnen und Frieden zu stiften – im Herzen Europas, das es nötig hat, einiger, offener und solidarischer zu sein. Ängste und Vorurteile müssen überwunden werden, die zur Ausgrenzung des Anderen führen, nur weil er anders ist oder weil man ihn nicht kennt, oft ohne die Gründe dafür zu verstehen. Deshalb sind heute alle Gläubigen gefordert, mit mehr Kühnheit zu handeln.

Der Globalisierung ist es gelungen, Wirtschaft und Handel zu einigen, doch nicht die Herzen: Im Respekt vor der Verschiedenheit muss durch einen dauerhaften Dialog eine spirituelle Einigung verwirklicht und aufgebaut werden, und dabei darf niemand ausgegrenzt werden. Diese „spirituelle Einigung“ kann der Welt viel geben. Es ist die Seele, die fehlt und die den so sehr ersehnten Frieden bringen kann.

Als Vertreter der Weltreligionen wollen wir den Blick über unsere Horizonte hinaus richten und eine neue Bewegung des Dialogs ins Leben rufen. Die Begegnung und der Dialog entwaffnen und halten die Gewalttäter auf. Denn wir wissen, dass der Krieg niemals heilig ist und dass jene, die im

Namen Gottes töten, weder im Namen einer Religion noch im Namen der Menschen handeln. Voller Überzeugung sagen wir Nein zum Terrorismus, der in den vergangenen Monaten zu viele Länder heimgesucht und zu viele Unschuldige im Norden und Süden der Welt getötet hat.

Wir verpflichten uns, dafür zu arbeiten, dass die Ursachen vieler Konflikte beseitigt werden: die Gier nach Macht und Geld, der Waffenhandel, der Fanatismus und der Nationalismus. Nach dem Ende des Kalten Krieges erscheint zum ersten Mal wieder die Gefahr eines Atomkrieges vom Fernen Osten her. Was können die Gläubigen tun? Vielleicht mehr als sie selbst hoffen und sich vorstellen.

Vor allem können sie beten! Wie heute Abend an verschiedenen Orten dieser Stadt und auf diesem Platz: mit einem großen Friedensgebet. Doch auch unser Zusammensein unter verschiedenen Religionen, das in diesen Jahren gewachsen ist, ist ein Zeichen des Friedens und hat bereits ein Netz zur Vorbeugung von Konflikten geschaffen.

Es gibt große Erwartungen uns gegenüber. Sie kommen von den Demütigen und Armen der Erde. Wir haben eine große Verantwortung: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Resignation überwiegt, aber, was noch schlimmer ist, die Gleichgültigkeit. Das haben wir im letzten Jahr in Assisi zum Ausdruck gebracht, am 30. Jahrestag des ersten Friedensgebets. Zu diesem Ereignis hatte Papst Johannes Paul II. eingeladen, und die Gemeinschaft Sant'Egidio wollte es jedes Jahr fortsetzen. Im Appell von 2016 heißt es: „Friede ist der Name Gottes. Wer den Namen Gottes anruft, um Terrorismus, Gewalt oder Krieg zu rechtfertigen, befindet sich nicht auf seinem Weg.“ Daher wollen wir uns heute mit der Hilfe Gottes und mit der Unterstützung vieler feierlich dazu verpflichten, in unserer Welt neue „Wege des Friedens“ zu eröffnen. ●